

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.



work

Frauenstreik: 7 Arbeiterinnen – ein Streiktag. Seite 2

Fünf Jahre nach
Vögele-Konkurs:

Jetzt ist Zahl- tag!

Vögele-Verkäuferin
Zorana Jovanovic (64)
musste jahrelang um
ihren Lohn **kämpfen**.
Das war hart, aber hat
sich gelohnt. Seite 3



14-Stunden-Tage
Kita-Frau und Mutter
tiktokt ihren Alltag –
ohne Filter. Seite 2

Giftiges Erbe
Die Repo aus dem
verseuchten Klybeck-
Areal der Basler
«Chemischen». Seite 9

«Subversiv»
Der neue Gewerbler-
Chef Henrique
Schneider ist rechts
und radikal. Seite 9

Rechtes Trauer- spiel im BVG

Bürgerliche wollen
3 Milliarden teure
Abbauvorlage.
Seiten 10–12



workedito
Anne-Sophie Zbinden

FARBIG BIS BEWEGT

Ein Foto in Schwarzweiss: ein langer Treisen mit Kisten und Kistchen, gefüllt mit Weihnachtskugeln, strassverzierte Weihnachtsbaumspitzen am Laufmeter, Glitzerfäden überall. Vor dem Verkaufstisch steht eine Kundin. Sie trägt ein kokettes Hütchen mit Netz vor dem feinen Gesicht,

Heute sind die Verkäuferinnen selbstbewusster. Sie haben Mut, Verve und Ausdauer.

einen schicken Mantel im Leopardenmuster, die schwarze Handtasche eingeklemmt unter dem Arm. Eine Hand steckt im Lederhandschuh, die andere hält einen glänzenden Tannenzapfen. Diesen streckt sie der Verkäuferin entgegen, der Gesichtsausdruck skeptisch, eine Spur herablassend. Die Verkäuferin, in feinkariierter Bluse und Strickjacke, hält ebenfalls einen dieser glitzernden Zapfen, der Blick gesenkt, leicht vornübergebeugt, leicht devot.

schuh, die andere hält einen glänzenden Tannenzapfen. Diesen streckt sie der Verkäuferin entgegen, der Gesichtsausdruck skeptisch, eine Spur herablassend. Die Verkäuferin, in feinkariierter Bluse und Strickjacke, hält ebenfalls einen dieser glitzernden Zapfen, der Blick gesenkt, leicht vornübergebeugt, leicht devot.

PROFITGIER. Das Bild stammt aus dem Kaufhaus Jelmoli, aufgenommen 1940, in einer Zeit, in der die Kundinnen veritable Königinnen waren und die Verkäuferinnen stets zu Diensten. Das Traditionshaus wurde 1833 vom Italiener Giovanni Pietro Guglielmoli – eingeschweizert Jelmoli – gegründet. Sein Erfolgsrezept: Kein Feilschen mehr, sondern fixe Preise. Und der Versandhandel: Der legendäre Jelmoli-Katalog beglückte später über Jahrzehnte hinweg die Schweizer Haushalte. Jetzt schliesst das Kaufhaus seine Glastüren für immer, und 850 Menschen verlieren ihren Job. Jelmoli fällt der Profitgier des Immobilienkonzerns Swiss Prime Site zum Opfer. Und nicht etwa den fehlenden Sonntagsverkäufen, wie von bürgerlicher Seite reflexartig behauptet wird (Seite 8).

Bereits 2016 ereilte das Modehaus Vögele das gleiche Schicksal. 1955 vom Autorennfahrer Charles Vögele gegründet, wird Vögele bald zu einer der grössten Kleiderketten in Europa, mit 8000 Mitarbeitenden in 800 Filialen. Doch ab 2010 geht's abwärts. 2016 kauft der italienische Kleiderkonzern OVS Vögele für läppische 56 Millionen Franken. Trotz Konkurrenz durch den Online-Handel verspricht sich OVS-Chef Stefano Beraldo satte Gewinne. Eine katastrophale Fehleinschätzung. Bereits zwei Jahre später lässt er Vögele Konkurs gehen, 1180 Mitarbeitende verlieren ihren Job. Zunächst ohne Sozialplan. Es ist die grösste Massenentlassung in der Geschichte des Schweizer Detailhandels.

NEI! Doch diese ist nicht nur düster und schwarzweiss. Die heutigen Bilder sind farbig bis bewegt. Die Verkäuferinnen selbstbewusster, auch ohne kokette Hütchen und Leopardenfell, dafür mit Mut, Verve und Ausdauer. So erkämpften Zorana Jovanovic (64) und Susanna Isler (64) für sich und die anderen 1178 OVS-Entlassenen eine hundertprozentige Lohnentschädigung (Seite 3). Und unsere neue work-Kolumnistin, Verkäuferin Laura Gonzalez Martinez (39), wehrt sich gegen die nie enden wollende To-do-Liste und sagt ihrer Chefin klipp und klar: «Nei, das liit jetzt nüm drin.» (Seite 5)



14. Juni: Damit's vorwärts geht statt rückwärts

Noch 118 Tage bis zum Frauenstreik am 14. Juni! Sieben Arbeiterinnen berichten, warum es den Druck der Strasse und in den Betrieben braucht.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Sie sind gekommen, um zu erzählen, warum sie am 14. Juni streiken. Bei der Medienkonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) sprechen sieben Arbeiterinnen über zu tiefe Löhne, unmögliche Arbeitszeiten und fehlenden Respekt am Arbeitsplatz. Für Vania Alleva, SGB-Vizepräsidentin und Präsidentin der Unia, ist klar: «Wir wollen endlich Fortschritte sehen! Denn bei der Gleichstellung geht es rückwärts statt vorwärts.» (work berichtete: rebrand.ly/rueckwaerts-statt-vorwaerts.)

«LÖHNE SIND ZU TIEF!» Unia-Mitglied Kerstin Maurhofer-Späh schliesst sich dem Frauenstreik an. Wegen Kinderbetreuung musste die Verkäuferin viele Jahre Teilzeit arbeiten. «Wo bleibt die Vereinbarkeit von Beruf und

Privatleben?» fragt sie. Und folglich gebe es auch bei der Rente grosse Lücken. Noch immer haben Frauen im Schnitt einen Drittel weniger Rente als Männer.

Pflegerin Loreen Errass doppelte nach: «Die unregelmässigen Arbeitszeiten und die hohe Arbeitslast schaden unserer Gesundheit.» Schon 20 Jahre arbeitet sie in der Pflege, die Bedingungen werden immer schlechter. Kita-Frau Antonia Undurraga kennt diese Probleme ebenfalls. Und fordert, dass ihre Arbeit endlich die Anerkennung erhält, die sie verdient.

NULLTOLERANZ. Auch Pharmaassistentin Pamela Silva Barrientos engagiert sich für den Frauenstreik. Sie sagt: «Unser Beruf bringt sehr viel Wissen und Verantwortung mit sich. Doch die Löhne sind viel zu tief!» Das zeigen auch die Zahlen: Das über das gesamte Erwerbsleben kumulierte Einkommen der Frauen ist 43,2 Prozent tiefer als jenes der



Männer. Und ÖV-Mitarbeiterin Sarah-Julia Mois, die im Job unter anderem Billett-kontrollen macht, spricht ein weiteres brennendes Thema an: «Am Arbeitsplatz sind viele Frauen täglich Belästigungen und anderen Gefahren ausgesetzt. Betriebe müssen dagegen kämpfen.» Dieser Meinung ist auch Logistikerin Ingrid Kaufmann: «Für Mobbing und sexuelle Belästigungen muss Nulltoleranz gelten.» Orchestermusikerin Muriel Noble unterstützt diese Forderung ebenfalls. Denn in der Kulturbranche fehle der Respekt gegenüber Frauen.

Für Natascha Wey, SGB-Vizepräsidentin und Generalsekretärin des VPOD, ist klar: «Arbeitsbedingungen verbessern sich, wenn Gewerkschaften stark sind. Deshalb rufen wir Frauen und solidarische Personen auf, sich für den 14. Juni in den Gewerkschaften zu organisieren.»

Durch den Tag mit Kita-Mitarbeiterin Nadja Chahdi (22) Jung, alleinerziehend, berufstätig

Nadja Chahdi ist alleinerziehende Mutter und arbeitet in einer Kita. Nach Feierabend ist ihr Arbeitstag aber noch lange nicht vorbei.

DARIJA KNEŽEVIĆ

«Die Tage von uns Mamis sind oft chaotisch, und diese Realität will ich zeigen», sagt Nadja Chahdi (22). Sie ist alleinerziehende Mutter einer zweijährigen Tochter und teilt ihren Alltag auf Social Media. Um die Betreuung ihrer Tochter kümmert sie sich allein. Zusätzlich arbeitet sie im Stundenlohn in einer Kita. Bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit liegen bei der jungen Mutter daher sehr nahe beieinander. work hat sie durch einen Tag begleitet.

05.30

Der Wecker klingelt. Bis ihr bezahlter Arbeitstag beginnt, leistet Nadja Chahdi schon eine ganze Menge: Sie muss nicht nur sich selber für den Tag vorbereiten, sondern auch ihre Tochter. Sie hilft der Zweijährigen vom «Pischi» in die Kleidung, bereitet das «Zmorge» vor, putzt dem Kind die Zähne, und wenn die Zeit reicht, gibt es noch eine schöne Frisur. Dass



KURZE VERSCHNAUPFAUSE: Nadja Chahdi teilt ihren Alltag auf Social Media. Ihr Ziel: Zeigen, wie schwierig es noch immer ist, Kind und Job unter einen Hut zu bringen. FOTO: PETER LAUTH

Chahdi jung Mutter wurde, hat sie sich so gewünscht: «Ich hatte schon immer ein grosses Herz für Kinder», sagt sie. Deshalb auch die Berufswahl Erzieherin.

07.30

Gegen 7.30 Uhr ist für Nadja Arbeitsbeginn. Die Kita, in der sie arbeitet, ist etwa eine halbe Stunde Zugfahrt von ihrem Zuhause entfernt. Ein Vorteil für die junge Mutter: Ihre Tochter darf sie mit zur Arbeit nehmen. Aber nicht gratis: Für ihre Betreuung muss sie, zwar mit Mitarbeiterinnenrabatt, bezahlen. Chahdi arbeitet als Miterziehe-

rin im Stundenlohn. Pro Stunde verdient sie 20 Franken – brutto. Der Grund: Ihr fehlt die abgeschlossene Lehre, um als Erzieherin zu arbeiten. Nach der obligatorischen Schulzeit wurde sie bei einer Kita drei Jahre lang als Praktikantin warmgehalten. Als sie dann ihre Lehre in einem neuen Betrieb startete, wurde sie kurze Zeit später schwanger. Die junge Mutter sagt: «Ich wünsche mir eine Festanstellung, damit sich unsere finanzielle Lage verbessert. Heute leben wir mit dem absoluten Minimum.» Sobald ihre Tochter selbständiger ist, möchte Chahdi ihre Ausbildung abschliessen. Sie träumt

davon, irgendwann Kindergärtnerin oder Lehrerin zu werden.

14.00

Im besten Fall ist in der Kita um 14 Uhr Feierabend für Chahdi. Doch weil sie auf Abruf arbeitet, kommt es oft vor, dass sie länger bleibt. Sobald sie Feierabend hat, steht noch ein Berg unbezahlter Arbeit an. Auf dem Nachhauseweg kauft sie ein, je nach Wetter spielt sie mit ihrer Tochter draussen oder drinnen, und daheim folgt dann der ganze Haushalt. Chahdi zählt auf: «Wäsche waschen, Spielzeug wegräumen, die Wohnung putzen und das Abendessen kochen.» Ungestört kann sie ihre Aufgaben nicht erledigen, denn ihre Tochter beansprucht die volle Aufmerksamkeit. «Es ist sehr streng, meine Tochter hat aber immer Vorrang», sagt Chahdi.

20.00

Erst wenn das Mädchen gegen 20 Uhr schläft und der Haushalt erledigt ist, hat die 22-jährige Zeit für sich. Etwa für Hobbies wie Social Media: «Auf Tiktok zeige ich in kurzen, ungeschminkten Videos meinen Mama-Alltag.» Die Einblicke in ihr Leben stossen auf viel Interesse: Auf Tiktok folgen Nadja Chahdi bereits über 15000 Menschen.

Für mehr Hobbies bleibt keine Zeit, auch Ferien liegen nicht drin: «Letztes Jahr ging es für ein verlängertes Wochenende nach Köln. Dafür musste ich aber lange sparen.» Gespart wird dort, wo es geht. Aber für Chahdi ist klar: «Meiner Tochter soll es an nichts fehlen!» Dazu gehören auch Kinderträume: Die Zweijährige ist grosser Fan der Eisprinzessin Elsa. Ihr grösster Stolz: ein Prinzessinnenkleid mit viel Tüll und Glitzer.

Frauenstreikzahl: 263 Milliarden Franken
pro Jahr ist die unbezahlte Arbeit von Frauen in der Schweiz wert. Ein grosser Teil davon ist Care-Arbeit. Darunter fallen die Kinder- und Erwachsenenbetreuung sowie der Haushalt.

Fünf Jahre nach Konkurs: Vögele-Verkäuferinnen bekommen ihr Geld

«Schon fast nicht mehr dran geglaubt!»



KÖNNEN ENDLICH STRAHLEN: Die beiden früheren Vögele-Verkäuferinnen Zorana Jovanovic (64, links) und Susanna Isler (64, rechts). FOTOS: SEVERIN NOWACKI

2018 liess Modegigant OVS das Traditions- haus Vögele konkurs- gehen. Jetzt ist klar: Die 1180 Entlassenen werden zu hundert Prozent entschädigt

CHRISTIAN EGG

Gleich zwei Schocks seien das gewesen damals, sagt Verkäuferin Zorana Jovanovic. 2017 verschwindet die Traditions- markte Charles Vögele. Das Sagen hat die neue Besitzerin, die italienische OVS. Chef Stefano Beraldo verkündet grossspurig: «Der Schweizer Markt ist so attraktiv, dass es fast unmöglich ist, hier keinen Gewinn zu erzielen.»

Doch Beraldo ist nicht der Retter, sondern der Schrotter. Nur zwei Jahre später ist die Firma konkurs. 1180 Mitarbeitende verlieren die Stelle. Die grösste Massenentlassung in der Geschichte des Schweizer Detailhandels. Und für Unia-Mitglied Jovanovic der

zweite Schock. 23 Jahre hat sie für Vögele gearbeitet, «und zwar sehr, sehr gern», wie sie betont. Mit 60 Jahren steht sie plötzlich vor einer ungewissen Zukunft.

ÜBERRASCHUNG BEIM RAV

Denn es gibt nicht einmal einen Sozialplan. Ein Sachwalter übernimmt die Zügel. Und der muss alle Gläubiger gleichbehandeln. Zwar werden noch Löhne ausgezahlt. Aber im Chaos der letzten Wochen geht vieles unter. Auch bei Jovanovic. Das merkt sie erst später: «Das RAV schickte mich in einen Kurs. Der Mitarbeiter dort schaute meine Unterlagen an. Plötzlich sagt er: Halt, das geht ja gar nicht! Ihm war aufgefallen, dass die Verkäuferin aus Thun gar nicht arbeitsfähig war, als OVS konkursging. Tatsächlich lag sie damals mit einer Lungenentzündung im Spital. Ihr Glück: Durch die Krankheit verlängert sich die Kündigungsfrist. Also ist ihr Lohnanspruch deutlich höher als die Zahlungen, die sie bereits bekommen hat. Der Unia-Rechtsdienst hilft ihr, die Forderung

einzugeben. Und dann heisst es warten. Fast fünf Jahre lang. Ende Januar endlich die erlösende Nachricht: Die Konkursmasse ist gross genug, dass

«Wir hatten noch 15 Pullis im Laden, aber schliessen durften wir nicht.»

VERKÄUFERIN SUSANNA ISLER

alle Forderungen von Mitarbeitenden zu 100 Prozent erfüllt werden.

VOLLZEIT-JOB TROTZ AHV

Wie viel sie erhält, will Zorana Jovanovic nicht genau sagen. Aber es seien mehrere Tausend Franken. «Ich bin wahnsinnig erleichtert», sagt die 64-jährige. «Ich habe nicht mehr daran geglaubt.» Trotz AHV arbeitet sie weiterhin zu 100 Prozent als Verkäuferin. Sie habe Glück gehabt, nach dem Konkurs wieder eine Stelle zu finden, denn: «Nur mit der Rente zu leben, das wäre schwierig.»

Wie Jovanovic waren gut 200 der Entlassenen Mitglied der Unia. Sie

konnten im Konkurs auf die Gewerkschaft zählen. Auch Susanna Isler aus Thörishaus BE: «Die Briefe vom Sachwalter waren ziemlich kompliziert. Ich war froh, konnte ich einfach alles der Rechtsberaterin schicken.»

TAGELANG RUMSITZEN

Es sei ein gutes Gefühl, dass dieser Konkurs jetzt in Ordnung komme, sagt sie. Die letzten paar Monate mit OVS seien «ein schlechter Witz» gewesen: «Ab und zu kamen ein paar Manager in die Filiale. Aber die sprachen nur Englisch! Irgendwann konnten wir sie nicht mehr ernst nehmen.» Völlig absurd seien die letzten drei Tage gewesen: «Der Laden war leer bis auf einen Kleiderständer mit vielleicht 15 Pullis. Kundschaft kam keine mehr. Aber wir durften nicht schliessen!» Da habe sie halt Kreuzworträtsel gelöst, sagt sie und lacht.

Auch sie ist 64 und seit Herbst pensioniert. «Jetzt geht es mir blendend», sagt sie. Aus dem Konkurs wird sie gut 600 Franken erhalten. Sie sagt: «Geld kann man immer brauchen.»

Türkei & Syrien: Soforthilfe gefordert

Die zerstörten Orte in der Türkei und Syrien brauchen dringend Hilfe. Die Unia fordert Visa-Erleichterungen.

JONAS KOMPOSCH

Über 40 000 Tote, doppelt so viele Verletzte und etliche zerstörte Städte – so lautet die vorläufige Bilanz der Erdbeben vom 6. Februar. Seismologen sprechen von der stärksten Erschütterung in der Region seit rund 900 Jahren. Davon betroffen sind 23 Millionen Menschen, schätzt die WHO. Von einem



VERZWEIFLUNG: Nach dem Erdbeben in der Türkei und Nordsyrien. FOTO: KEY

«Plan des Schicksals» sprach der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Jede Verantwortung weist er von sich. Obwohl es ein offenes Geheimnis ist, dass die Behörden für Geld auch Puschbauten im Erdbebengebiet bewilligten.

Immerhin: Menschen aus aller Welt helfen. Auch die Unia ruft

JETZT SPENDEN!

Das gewerkschaftsnahe Hilfswerk **Solidar Suisse** ist vor Ort: solidar.ch.

zu Geldspenden auf. Sie empfiehlt, die Nothilfekampagne von Solidar Suisse zu unterstützen. Das gewerkschaftliche Hilfswerk organisiert vor Ort Nahrungsmittel, medizinische Versorgung, Wasser und warme Kleidung. Besonders im Fokus stehen für Solidar marginalisierte Gemeinschaften, Randgruppen und ethnische Minderheiten in abgelegenen Gebieten. Und das mit Grund.

UNIA SCHREIBT BUNDESRAAT

Erdoğan hat nämlich nicht den Katastrophenzustand ausgerufen, sondern direkt den Ausnahmezustand. Damit kann die Regierung Ausgangssperren verhängen und Versammlungen verbieten. Der türkische Gewerkschaftsverband KESK warnt: «Wir sind sehr besorgt, denn wir haben nicht vergessen, wie die Regierung den Ausnahmezustand nach dem Putschversuch von 2016 für ihre politischen Ziele missbrauchte.» Zudem begünstige der Ausnahmezustand die «monopolistische» Versorgung regierungstreuer Klientel. Das bestätigt das Hilfswerk Kurdischer Roter Halbmond, das vor allem in Nordsyrien Hilfe leistet: «Der Ausnahmezustand soll primär die Kurdinnen und Kurden daran hindern, die Hilfe zu koordinieren.» Besonders brutal: Schon kurz nach dem Beben liess Erdoğan die syrischen Kurdengebiete bombardieren, wie schon zigmal in den letzten Monaten.

Aber auch die syrische Regierung nutzt die Not für ihre Zwecke. Vor Aleppo blockierte sie einen Konvoi des Kurdischen Roten Halbmonds und verlangte die Herausgabe der Hilfsgüter. Umso wichtiger ist die Hilfe von Verwandten im Ausland. Viele wollen ihre Angehörigen aufnehmen, scheitern aber an Einreisehürden. Nun fordert Unia-Präsidentin Vania Alleva von Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider vorübergehende Visaerleichterungen für Familienangehörige aus den Katastrophengebieten. Auch Ausschaffungen dahin müssten gestoppt werden. Alleva: «Das ist in dieser Situation schlicht ein Gebot der Menschlichkeit.»

Charles Vögele

Der Aufstieg, der Absturz

1955

Der Autorennfahrer Charles Vögele eröffnet in Zürich ein Kleidergeschäft. Über die Jahre entstehen Filialen in der ganzen Schweiz.



1974

Bau des Seedamm-Einkaufszentrums in Pfäffikon SZ

1979

Expansion nach Deutschland, bis 2011 in neun weitere europäische Länder. Vögele wird zu einer der grössten Kleiderketten in Europa mit über 8000 Mitarbeitenden in 800 Filialen.

1997

Charles Vögele verkauft das Unternehmen für eine Milliarde Franken an eine internationale Investorengruppe.

2010

Das Unternehmen schreibt zum letzten Mal Gewinn. Hollywood-Star Penélope Cruz soll für ein junges Image sorgen, die Kampagne verunsichert aber die Stammkundschaft – der Umsatz sinkt.



2016

Für gerade noch 56 Millionen Franken geht Vögele an Investoren um den italienischen Kleiderkonzern

OVS. Dieser verkauft anschliessend Vögele-Immobilien und kassiert dafür 190 Millionen. Der Name Vögele verschwindet.



Juni 2017

OVS-Chef Stefano Beraldo verspricht, in den Filialen 150 bis 200 zusätzliche Stellen zu schaffen.

2017/18

In drei Entlassungswellen baut OVS Hunderte Stellen ab. Mehrere ausländische Tochterfirmen gehen konkurs oder werden verkauft.

Mai 2018

Die Firma geht in Nachlassstundung und schliesst ein Geschäft

ums andere. Den Schliessbefehl gibt's jeweils übers Internet (work berichtete: rebrand.ly/total-liquidation).

August 2018

OVS lässt Vögele konkursgehen. Alle 1180 Mitarbeitenden verlieren ihren Job. Es ist die grösste Massenentlassung, die der Schweizer Detailhandel je gesehen hat.

Januar 2023

Die Konkursverwaltung gibt bekannt: Gläubigern der ersten und zweiten Klasse – dazu gehören Mitarbeitende – werden 100 Prozent ihrer anerkannten Forderungen ausbezahlt. Für die restlichen Gläubiger geht das Konkursverfahren weiter. (che)

FOTOS: KEYSTONE (2) / ZVG

Waadt streikt weiter

LAUSANNE. Staatsangestellte im Kanton Waadt streiken für den Teuerungsausgleich – bereits zum dritten Mal. Tausende Lehrerinnen, Pfleger, Polizistinnen und weitere Angestellte legten ihre Arbeit nieder. Der Grund: Statt den vollen Teuerungsausgleich von 3 Prozent haben die Staatsangestellten lediglich eine Lohnerhöhung von 1,4 Prozent erhalten. Die Regierung will sich erst im November um die Lohnverhandlungen kümmern. Die Streikenden geben sich damit nicht zufrieden. Deshalb wird Ende Februar entschieden, ob am 1. März ein noch grösserer Streiktag durchgeführt wird.

250 «Zoogler» verlassen Büro

ZÜRICH. Im Zürcher Hürlimann-Areal kam es zu einer besonderen Aktion. Insgesamt 250 Google-Mitarbei-



MEGA-ABBAU: Google schasst weltweit 12 000 Angestellte. FOTO: KEY

tende haben für eine Protestpause ihr Büro verlassen. Damit solidarisieren sich die sogenannten «Zoogler» mit all jenen, die von der angekündigten Massenentlassung von Google betroffen sind. Erst kürzlich hat der US-Techkonzern verkündet, weltweit 12 000 Mitarbeitende zu entlassen. In den USA und in Kanada wurden die Kündigungen bereits ausgesprochen. An allen weiteren Standorten, darunter auch in der Schweiz, wird noch im Unge- wissen weitergearbeitet.

Warnstreiks bei Post & Co.

DÜSSELDORF (D). Bei der Post, in den Zügen sowie in den Bussen und bald auch an den Flughäfen: in Deutschland kommt es in vielen Betrieben der öffentlichen Dienste zu Streiks. Grund ist eine weitere gescheiterte Verhandlung für einen neuen Tarifvertrag. Der Knackpunkt: Die Arbeiterinnen und Arbeiter verlangen aufgrund der massiven Inflation faire Lohnerhöhungen. Doch die Arbeitgeber mauern. Für die Gewerkschaft Verdi ist deshalb klar: die Warnstreiks gehen weiter und können noch ausgeweitet werden.

900 Stellen bei Ford gerettet

KÖLN (D). Der US-Autokonzern Ford streicht in seinen Werken bei Köln und Aachen 2300 Stellen. Betroffen sind 1700 Arbeiterinnen und Arbeiter in der Technologie sowie 600 Mitarbeitende aus der Administration und dem Vertrieb. Mit der Gewerkschaft IG Metall versuchte die Belegschaft, sich gegen die Massenentlassung zu wehren. Nach 60 Verhandlungsstunden kommt es jetzt zu einem Erfolg: 900 Stellen sind gerettet. In den vergangenen drei Jahren wurden im Kölner Ford-Werk bereits 4000 Stellen gestrichen. Das Werk ist heute immer noch der grösste private Arbeitgeber der Region.

Cilag in Schaffhausen: Voller Teuerungsausgleich durchgesetzt

«Ich habe jetzt 1000 Franken mehr im Sack»

In der Schaffhauser Pharmafabrik Cilag gibt's den Teuerungsausgleich laut Vertrag komplett und automatisch. Doch das hatte die Geschäftsleitung «vergessen». Wache Mitarbeitende mussten ihr auf die Sprünge helfen.

JONAS KOMPOSCH

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Das gilt auch beim Lohn, wie etliche Mitarbeitende der Schaffhauser Cilag merken mussten. Ausgerechnet! Denn die Fabrik für pharmazeutische Wirkstoffe und Medikamente geniesst eigentlich einen guten Ruf. 1936 als «Chemisches Industrielles Laboratorium» gegründet, produziert sie noch immer in der Munotstadt. Und das mit reichlich Erfolg. Im letzten Jahr ist die Belegschaft um etwa 100 Mitarbeitende gewachsen – auf neu rund 1500 Arbeiterinnen und Arbeiter. Ermöglicht hatte das auch der US-Multi Johnson & Johnson (J&J), zu dessen pharmazeutischer Marke Janssen die Cilag gehört. 2021 glänzte J&J mit einem historischen Rekordgewinn von fast 21 Milliarden Dollar. Das Aktionariat erfreute sich üppiger Dividenden. Doch unten kam vom Glanzergebnis deutlich weniger an. Das zeigte sich im Frühjahr 2022.



MICHEL KRÖGER: Maschinen-techniker. FOTO: ZVG

Die Cilag-Geschäftsleitung gab allen Mitarbeitenden ihre individuelle Lohnentwicklung bekannt. Da staunten manche nicht schlecht: Ihre Löhne stiegen nur minim. Andere stagnierten sogar. Das kam nicht gut an, wie Michel Kröger (43) von der Betriebskommission (BK) weiss: «Wir waren irritiert. Denn der Unternehmenserfolg kommt nicht nur dank dem Aktionärskapital zustande. Geld arbeitet ja nicht.» Die Fragezeichen waren umso grösser, als die Inflation bereits spürbar wurde. Und weil im mindesten der volle Teuerungsausgleich hätte gewährt werden müssen. Das garantiert ein Paragraph, der in Gesamtarbeitsverträgen (GAV) selten geworden ist. Bei der Cilag aber, wo der von der Unia ausgehandelte GAV «Einheitsvertrag» heisst, steht unter Paragraph 18: «Die individuellen Löhne werden jährlich dem Landesindex der Konsumentenpreise angepasst.» Und: «Massgeblich ist der In-

EIN STARKER GAV

Die Cilag-Geschäftsleitung gab allen Mitarbeitenden ihre individuelle Lohnentwicklung bekannt. Da staunten manche nicht schlecht: Ihre Löhne stiegen nur minim. Andere stagnierten sogar. Das kam nicht gut an, wie Michel Kröger (43) von der Betriebskommission (BK) weiss: «Wir waren irritiert. Denn der Unternehmenserfolg kommt nicht nur dank dem Aktionärskapital zustande. Geld arbeitet ja nicht.» Die Fragezeichen waren umso grösser, als die Inflation bereits spürbar wurde. Und weil im mindesten der volle Teuerungsausgleich hätte gewährt werden müssen. Das garantiert ein Paragraph, der in Gesamtarbeitsverträgen (GAV) selten geworden ist. Bei der Cilag aber, wo der von der Unia ausgehandelte GAV «Einheitsvertrag» heisst, steht unter Paragraph 18: «Die individuellen Löhne werden jährlich dem Landesindex der Konsumentenpreise angepasst.» Und: «Massgeblich ist der In-

Dank GAV erhalten die Schaffhauser Cilag-Mitarbeitenden jetzt 3 Prozent Teuerungsausgleich.

Die Cilag-Geschäftsleitung gab allen Mitarbeitenden ihre individuelle Lohnentwicklung bekannt. Da staunten manche nicht schlecht: Ihre Löhne stiegen nur minim. Andere stagnierten sogar. Das kam nicht gut an, wie Michel Kröger (43) von der Betriebskommission (BK) weiss: «Wir waren irritiert. Denn der Unternehmenserfolg kommt nicht nur dank dem Aktionärskapital zustande. Geld arbeitet ja nicht.» Die Fragezeichen waren umso grösser, als die Inflation bereits spürbar wurde. Und weil im mindesten der volle Teuerungsausgleich hätte gewährt werden müssen. Das garantiert ein Paragraph, der in Gesamtarbeitsverträgen (GAV) selten geworden ist. Bei der Cilag aber, wo der von der Unia ausgehandelte GAV «Einheitsvertrag» heisst, steht unter Paragraph 18: «Die individuellen Löhne werden jährlich dem Landesindex der Konsumentenpreise angepasst.» Und: «Massgeblich ist der In-



UNABDINGBAR: Rund 1500 Angestellte sichern in Schaffhausen die Pharma-Produktion der Cilag. SYMBOLBILD: CILAG

dex per Ende Oktober.» Ende Oktober 2021 betrug die Teuerung 1,2 Prozent. Aber nicht in jedem Fall stiegen die Löhne um diesen Satz. Auch bei Maschinentechniker Kröger nicht: «Ich hatte null Prozent.» Die Belegschaft wandte sich an die Gewerkschaft. Und dann ging's los.

«CILAG-SPIRIT» IN GEFAHR?

Der Unia-Branchenverantwortliche Johannes Supe und sein Team baten die Geschäftsleitung um ein Treffen. Dort stiess Supe auf taube Ohren. Er erklärt: «Sie argumentierten, die Teuerung im Schnitt der letzten Jahre ausgeglichen zu haben.» Doch das genügt nicht: Die Löhne müssen laut GAV «individuell» und «jährlich» der Teuerung angepasst werden, nicht im Schnitt oder über die Jahre verteilt. Supe stellte den Gang ans Schiedsgericht in Aussicht. Darauf zahlte die Cilag. Aber erneut gab's einen Haken. Supe erklärt: «Einige Mitarbeitende erhielten bloss eine einmalige Pauschalzahlung und nicht eine Lohnerhöhung, wie das der GAV vorschreibt.» Eine weiteres Treffen – und auch dieser Fehler war bereinigt.



BRIAN DARNELL: Materialwart. FOTO: MICHAEL SCHOCH

Maschinentechniker Kröger freut's: «Ich habe jetzt rund 1000 Franken mehr im Sack.» Er betont aber, dass J&J grundsätzlich ein guter Arbeitgeber mit anständigen Löhnen sei. Das sieht auch Brian Darnell (63) so. Der Materialwart ist schon im 25. Dienstjahr und verweist auf die langjährige So-

zialpartnerschaft: «Gerade die letzte GAV-Verhandlung brachte gute Lohnerhöhungen und war sehr zufriedenstellend.» Den bewährten «Cilag-Spirit» sieht Darnell aber in Gefahr.

EINBRINGEN LOHNT SICH

Dies wegen der zunehmenden Integration in den Mutterkonzern. Darnell: «Die HR-Abteilungen aller Standorte wurden zusammengelegt, und vom Betriebsrat wird heute erwartet, alles abzu-



RALF KESER: Betriebsratspräsident. FOTO: ZVG

nicken.» Da sei eine starke Gewerkschaft im Rücken elementar. Dieser Meinung ist auch Betriebsratspräsident Ralf Keser (46), auch er ein alter Cilagianer: «Die Beziehung zur Geschäftsleitung ist in der Regel gut, auch dank dem Einheitsvertrag. Doch der ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das Resultat langer und teils zäher Auseinandersetzungen.» Deshalb rät er allen Kolleginnen und Kollegen: «Lest den Vertrag genau – und bringt euch ein. Es lohnt sich!»

Dass Keser damit recht hat, beweist die letzte Lohnrunde: Von den über 4300 Mitarbeitenden an den neun Schweizer J&J-Standorten profitieren nur die Schaffhauser vom vollen Teuerungsausgleich von 3 Prozent. Denn nur sie haben eine starke gewerkschaftliche Organisation und einen Einheitsvertrag. Dem Rest gewährt der Konzern bloss individuelle Erhöhungen, wobei diese im Schnitt dem «Richtwert 2,5 Prozent» entsprechen sollen.

Ukraine-Geflüchteter Maksym Kovalenko (35) wurde in St. Gallen ausgebeutet 12 Stunden chrampfen – ohne Lohn

Kriegsgeflüchtete sind bevorzugte Opfer betrügerischer Arbeitgeber. Ein Beispiel aus der Baubranche.

JONAS KOMPOSCH

Der russische Angriff auf die Ukraine hat in Europa die grösste Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Schon 14 Millionen Vertriebene gibt es laut dem Uno-Flüchtlingswerk UNHCR. Davon fanden 4 Millionen Schutz in EU-Ländern. Am meisten Geflüchtete haben Deutschland und Polen aufgenommen: jeweils fast eine Million. In der Schweiz leben 60 000 Ukraine-Flüchtlinge. Sie haben den Schutzstatus S. Dieser ermöglicht die sofortige Aufnahme einer Arbeit.

Doch einen Job gefunden haben laut dem Staatssekretariat für Migration (SEM) erst 14,7 Prozent. Wobei: Der Prozentsatz der tatsächlich Arbeitenden dürfte höher sein. Denn in der SEM-Statistik

nicht berücksichtigt ist Schwarzarbeit. Wie häufig Ukraine-Geflüchtete betroffen sind, ist unklar. Doch das Problem liegt auf der Hand. So warnte das SEM schon kurz nach Kriegsbeginn: «Geflüchtete Personen sind besonders gefährdet, Opfer von Menschenhandel oder anderen Formen von Missbrauch zu werden.» Nun hat die Unia in St. Gallen einen solchen Fall aufgedeckt.

Die russische Angriff auf die Ukraine hat in Europa die grösste Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Schon 14 Millionen Vertriebene gibt es laut dem Uno-Flüchtlingswerk UNHCR. Davon fanden 4 Millionen Schutz in EU-Ländern. Am meisten Geflüchtete haben Deutschland und Polen aufgenommen: jeweils fast eine Million. In der Schweiz leben 60 000 Ukraine-Flüchtlinge. Sie haben den Schutzstatus S. Dieser ermöglicht die sofortige Aufnahme einer Arbeit.

Die russische Angriff auf die Ukraine hat in Europa die grösste Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Schon 14 Millionen Vertriebene gibt es laut dem Uno-Flüchtlingswerk UNHCR. Davon fanden 4 Millionen Schutz in EU-Ländern. Am meisten Geflüchtete haben Deutschland und Polen aufgenommen: jeweils fast eine Million. In der Schweiz leben 60 000 Ukraine-Flüchtlinge. Sie haben den Schutzstatus S. Dieser ermöglicht die sofortige Aufnahme einer Arbeit.

Die russische Angriff auf die Ukraine hat in Europa die grösste Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Schon 14 Millionen Vertriebene gibt es laut dem Uno-Flüchtlingswerk UNHCR. Davon fanden 4 Millionen Schutz in EU-Ländern. Am meisten Geflüchtete haben Deutschland und Polen aufgenommen: jeweils fast eine Million. In der Schweiz leben 60 000 Ukraine-Flüchtlinge. Sie haben den Schutzstatus S. Dieser ermöglicht die sofortige Aufnahme einer Arbeit.

AN DEN BEHÖRDEN VORBEI Maksym Kovalenko* (35) kam mit seiner Ehefrau, dem sechsjährigen Sohn und dem neugeborenen

* Name geändert

Töchterchen nach einer langwierigen Flucht in die Schweiz. Hier fand er Arbeit auf dem Bau. Er erzählt: «Wir waren in der ganzen Ostschweiz tätig. Ich habe Löcher gebuddelt, Steine geschleppt, Wände gestrichen, Fliesen verlegt, Türen montiert und alte Gebäude abgerissen. Pro Tag arbeitete ich mindestens 12 Stunden, oft auch am Wochenende.» Dass solche Arbeitszeiten illegal seien, habe er nicht gewusst. Auch nicht, dass sein versprochener Lohn von 3750 Franken rund 1000 Franken unter dem GAV-Minimum lag.

Kovalenkos Chef dagegen wusste genau, was er tat. So stellte er den Flüchtling über eine Firma an, die er schon vor Monaten in den Konkurs getrieben hatte! Und: Das Formular für eine Arbeitsbewilligung liess er Kovalenko zwar

unterzeichnen, doch der Behörde legte er es nie vor. Das bestätigt das St. Galler Amt für Wirtschaft und Arbeit. Kovalenko, der kein Deutsch spricht, wusste von all dem nichts. Zweifel kamen ihm erst allmählich: «Der Lohn blieb

Insgesamt zahlte der Chef 15 000 Franken zu wenig.

aus. Ich reklamierte, vergebens. Also verweigerte ich die Arbeit. Nun gab es immerhin ein paar Franken – und ein Versprechen: der ganze Lohn komme, sobald die Arbeit fertig sei. Mein Chef war ein Meister der Täuschung!» Bis heute fehlen Kovalenko rund 15 000 Franken. Sein Ausbeuter macht derweil munter weiter. Über eine Strohfrau in Cham ZG führt er längst eine neue Bude. Zwei ihrer Buezer haben nun ebenfalls bei der Unia angeklopft – wegen nicht gezahlter Dumpinglöhne.



WENIG SCHUTZ: Geflüchtete sind den Chefs oft ausgeliefert.

UNVERBESSERLICH: (v.l.) GLP-Präsident Jürg Grossen, FDP-Nationalrat Matthias Jauslin, SP-Nationalrat Eric Nussbaumer, Mitte-Politiker Nicolo Paganini.
FOTOS: ISTOCK / KEYSTONE



Elektrizitätsmarkt: Liberalisierungsturbos geben nicht auf Strom-Clowns sind wieder unterwegs

FDP-Nationalrat Matthias Jauslin will auch die Haushalte den Spekulanten ausliefern. Obwohl der Strommarkt gerade eklatant versagt. Doch Jauslin ist nicht der einzige.

CLEMENS STUDER

Die sogenannte vollständige Liberalisierung des Strommarktes ist ein Lieblingskind der Wirtschaftsverbände und der rechten Parteien. Immer und immer wieder bringen sie diese aufs Tapet. Bislang erfolglos – zum Glück der privaten Haushalte und der meisten KMU. Den neusten Versuch startet jetzt FDP-Nationalrat Matthias Jauslin aus dem Atomkanton Aargau. Weil der Ständerat die Totalliberalisierung in der Wintersession vernünftigerweise aus dem neuen Stromversorgungsgesetz gestrichen hat, versucht Jauslin es jetzt über den Nationalrat. Die «Sonntagszeitung» bot ihm eine grosse Bühne, schrieb ganz euphorisch über die lockende «Wahlfreiheit» und fand noch drei Spiessgesellen von Jauslin: GLP-Präsident Jürg Grossen (BE), SP-Nationalrat Eric Nussbaumer (BL) und Mitte-Politiker Nicolo Paganini (SG). Letzterer freut sich auf «zusätzliche Dynamik im Markt und innovative Stromprodukte».

GEWERBEVERBAND GEHEILT?

Was «zusätzliche Dynamik im Markt» bedeutet, erleben jetzt gerade viele der rund 23 000 Firmen, die unter dem heroischen Motto «Einmal frei, immer frei» in das Stromcasino stürmten. Ihre Stromkosten steigen teilweise

Der Ständerat sagt vernünftigerweise Nein zur Total-liberalisierung.

um mehrere Hundert (!) Prozent. Sie verbrauchen mehr als 100 000 Kilowattstunden Strom pro Jahr und müssen deshalb nicht bei den lokalen Elektrizitätswerken einkaufen, sondern können sich auf dem «freien Markt» eindecken. Einige Gewerbetreibende und Wirte liessen ihre grössten stromfressenden Maschinen dem Vernehmen nach sogar «leer» laufen, um auf den für die «Freiheit» nötigen Verbrauch zu kommen, und Eintritt ins Stromcasino bekamen (mehr zu den Hintergründen: rebrand.ly/kein-unfall).

Zu den lautesten Trompetern für eine vollständige Strommarktliberalisierung gehört der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) unter dem Neo-SVP-

ler Hans-Ulrich Bigler (hier im Portrait: rebrand.ly/saeuliamt). Ein SGV-Zitat von vor nicht allzu langer Zeit: «Der Strommarkt ist endlich ganz zu liberalisieren. Der SGV steht zu einer marktwirtschaftlichen Energiepolitik. Sie belohnt Energieeffizienz und setzt auf unternehmerische Freiheit, Innovation und Marktliberalisierung.» Als dann letztes Jahr die Strompreise explodierten, wollte SGV-Bigler die Opfer seiner Ideologie wieder bedingungslos in den regulierten Markt aufnehmen – auf Kosten der Vernünftigen, die nicht aus der Grundversorgung geflüchtet waren. Da war dann nichts mehr mit «Eigenverantwortung» und «unternehmerischem Risiko».

REGULIERTER MARKT

Doch Häme ist fehl am Platz. Denn die Lohnabhängigen leiden am meisten unter der Marktgläubigkeit ihrer Chefinnen und Chefs. Sie müssen um ihre Jobs zittern oder sind von Mindereinkommen wegen Kurzarbeit bedroht. Darum haben fortschrittliche Parteien und die Gewerkschaften praktikable Lösungen vorgeschlagen. Besonders für die Branchen, die am stromintensivsten sind. Für sie soll ein Fonds aus abgeschöpften Krisengewinnen der Stromkonzerne geüfnet werden, der ihnen einen Teil des Verbrauchs zu Herstellungskosten liefert.

Besser dran als die Marktgeschädigten sind die Haushalte und jene Firmen, die nicht im Stromcasino zocken. Im Durchschnitt wird der Strom in der Schweiz für Private und Firmen im reglementierten Markt um 27 Prozent teurer. Doch wie es so ist mit Durchschnittswerten: einige müssen kaum mehr als bisher bezahlen, andere bis 280 Prozent. Am teuersten wird es für jene Haushalte und Firmen, die bei einem Elektrizitätswerk sind, das selber keinen Strom produziert, sondern nur damit handelt. Also möglichst billig einkaufen und möglichst teuer verkaufen will.

Auch wenn dank dem regulierten Markt die Strompreiserhöhungen geringer ausfallen als auf dem freien, ist die Belastung für Zehntausende Haushalte enorm. Gerade für solche mit kleinen und mittleren Einkommen. Die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien fordern deshalb einen Strompreiskegel und Entlastungen für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen. Finanziert werden sollen auch diese aus den Krisengewinnen, die von Stromkonzernen eingefahren werden.

GEWERKSCHAFTLICHER ERFOLG

SP-Nationalrat Eric Nussbaumer, der selbsternannte «Vertreter der sozialdemokratischen Verantwortungslinken», steht heute in der SP-Fraktion in Sachen Strommarkt ziemlich allein auf weiter Flur.

Klimafonds-Initiative: Jetzt unterschreiben!

Die Klimakrise geht praktisch ungebremst weiter. Und der Klimawandel ist eine soziale Frage. Deshalb braucht es sozialverträgliche und gemeinschaftliche Lösungen. Die SP und die Grünen haben deshalb die Klimafonds-Initiative lanciert. Sie wird von den Gewerkschaften unterstützt. Unia-Präsidentin Vania Alleva ist Erstunterzeichnerin.

STROM SICHERN. Die Initiative will mit öffentlichen Investitionen unser Land auf erneuerbare Energien umstellen und genügend Strom für die Zukunft sichern. Das stärkt die Infrastruktur und das lokale Gewerbe. Das bringt gute Arbeitsplätze und schafft Versorgungssicherheit. Und es befreit die Schweiz aus der Abhängigkeit von Oligarchen und Autokraten. klima-fonds.ch

Vor 23 Jahren wäre er noch in der Mehrheit gewesen. Denn im Jahr 2000 waren noch zwei Drittel der SP-Fraktion im Nationalrat für die Radikalliberalisierung. Begründung unter anderem: «Die freie Wahl eines Stromlieferanten zählt für uns zu den Menschenrechten.» Auch eine hauchdünne Mehrheit der damaligen Fraktion der Grünen stimmte zu. Beide Bundeshausdelegationen mussten von ihrer jeweiligen Basis zur Besinnung gebracht werden.

Die Wirtschaftsverbände führten eine Millionenkampagne für das Gesetz. Und das Umwelt-, Verkehrs- und Energiedepartement (UVEK) unter der damaligen Führung von SP-Bundesrat Moritz Leuenberger griff auch die Gewerkschaften an, die erfolgreich das Referendum ergriffen hatten. Zitat aus einer UVEK-Propagandaschrift: «(...) zeigt, dass einige Gewerkschaften die Interessen ihrer eigenen Basis vernachlässigen». Was damals den heutigen SGB-Präsidenten Pierre-Yves Maillard im Nationalrat zu einer Interpellation veranlasste. Er fragte den Bundesrat unter anderem: «Ist er (der Bundesrat) sich bewusst, dass in «einigen Gewerkschaften» die Basis selbst die wichtigen Entscheidungen trifft? Beim Smuv zum Beispiel entscheiden der Kongress, die Branchenversammlung und der Zentralvorstand.» Und: «Ist er (der Bundesrat) bereit, den Direktor des BFE (Bundesamt für Energie) zu entsenden, damit dieser den Gewerkschaften einen Vortrag darüber hält, wie man den gewerkschaftlichen Kampf führt und die Basis konsultiert?»

Die Antwort des Bundesrates vom 11. September 2002 fiel sehr schmallippig aus. 11 Tage später versenkte das Volk die Vorlage.



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und der ratternde Kopf

Neues Jahr, neue Herausforderungen. Kaum sind die alten geschafft, warten die neuen Aufgaben auf uns, nach einer kurzen Verschnaufpause. Kurz sind die Pausen für uns Verkäuferinnen und Verkäufer sowieso. Sei



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

es während der Festtage oder im Alltag ganz allgemein. Die wertvollen dreissig Minuten Pause verbringe ich sitzend im voll mit Umsatzzahlen plakatierten, grauen Aufenthaltsraum.

Den Kaffeebecher haltend, arbeite mein Kopf ungehindert weiter. In dieser Filiale in Zürich übe ich seit ungefähr vier Jahren den Spagat zwischen der Molki und der Brotabteilung. Aber es ist immer das gleiche: Ich muss in die acht Arbeitsstunden noch Unmengen an Ämtli dazupacken, so viel, dass ich danach meine private Liste im komatösen Zustand abrackere. Egal wo, die To-do-Liste scheint immer endlos zu sein.

REBELLISCH. In einer dieser wertvollen Kaffeepausen habe ich mich gefragt, inwieweit ich das muss, ob ich das will, was für mich Priorität hat, und ob das Verhältnis zwischen meinem Lohn und meiner Leistung stimmt. Die Antwort war schnell klar. Die Augen meiner Vorgesetzten wurden gross, die Verwunderung über mein selbstbewusstes Auftreten noch grösser. Mein Satz «Nei, das liit jetzt nüm drin» löste mehrere angeregte Diskussionen aus, Verärgerung, aber vor allem – und das ist das Wichtigste – Veränderungen. Ich hatte die Routine unterbrochen: wie skandalös, wie rebellisch!

Es erfordert Mut, mal Nein zu sagen, wenn es begründet ist. Denn ich bin nicht der geheime Joker, den man bequem für alles einsetzen kann. Zwar bin ich jetzt nicht mehr der Lieblingsjoker, aber das «Nei» hat sich gelohnt. Diskussionen entgegenich jetzt ohne Angst, mit mehr Interesse und vielen Argumenten. Und ich bin jetzt fitter nach der Arbeit. Fit für noch mehr Veränderungen.

LAUT. Meinen Kaffee werde ich in diesen kargen Pausenräumen noch länger anstarren und die To-do-Liste vor meinem inneren Auge durchgehen müssen. Die gescheiterte AHV-Reform ist auch ein guter und wichtiger Grund, die Liste anzupassen. Kürzer wird sie nicht, aber ich kann sie mitgestalten. Dieses Jahr werde ich lauter, politischer und unangepasster sein. Ich freue mich darauf und auf die Veränderungen, die folgen werden.

Rückblick auf rund 12 Jahre Politik der Europäischen Union Wacklige Wende für Europa

Der Gang in die EU-Hauptstadt Brüssel war vor 10 Jahren eine Qual. Als Schweizer Delegierter im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) erlebte ich an den Treffen die verheerenden Auswirkungen der neoliberalen Politik der EU. Die Finanzwirtschaft hatte 2008 den Kapitalismus an die Wand gefahren, und wir frohlockten schon über das Ende des Neoliberalismus. Diesem gelang es aber, aus einer Bankenkrise eine Krise der Staatsschulden zu machen. Der EGB schlug Alarm: 2012 demonstrierten eine Million Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Berlin, Madrid und Prag und riefen: «Wir bezahlen eure Krise nicht.» Trotz Grossmobilisierungen mussten die Lohnabhängigen aber teuer bezahlen: 20 Millionen Arbeitslose, sinkende Reallöhne, amputierter Ser-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

vice public. Ich erinnere mich an den erschütternden Bericht der griechischen EGB-Delegierten: mittellose Kranke würden nun von Spitalern abgewiesen. Es war eine Qual, auch wegen der Machtlosigkeit der Gewerkschaften.

BUMERANG. Für die EU-Spitze wurde diese Politik jedoch zum Bumerang. Sie verzögerte den wirtschaftlichen Wiederaufschwung, setzte den Zusammenhalt der Mitgliedstaaten aufs Spiel, und vor allem diskreditierte sie die EU bei den Bürgerinnen und Bürgern. Profiteure waren die rechten Nationalisten. «Ist Europa noch zu retten?» fragten sich auch meine Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen.

SOZIALE SÄULE. Am EGB-Kongress 2015 in Paris erklärte der damalige Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, die EU brauche eine soziale Wende, sonst zerbreche sie. Wir Gewerkschaften nahmen ihm das zuerst nicht ab. Ein Jahr später verkündete die Kommission den Plan einer «Säule der sozialen Rechte». Viele sahen auch darin «warme Luft». Der EGB nahm die Kommission aber beim

Wort und machte Druck. Erste kleine Fortschritte gab es 2018: Zum Beispiel eine «Job- oder Ausbildungsgarantie» für arbeitslose Jugendliche oder die Schaffung einer europäischen Arbeitsbehörde.

UNSICHERE WENDE. Richtig vorwärts ging es aber erst 2019 mit dem neuen EU-Parlament und der neuen EU-Kommission. Junckers Nachfolgerin Ursula von der Leyen versprach im Rahmen der «sozialen Säule» Löhne, die zum Leben reichen. Nun gab's Streit im EGB: Die nordischen Gewerkschaften wollten die EU bei den Löhnen raushalten. Esther Lynch, die heutige Generalsekretärin des EGB, entwickelte eine andere Strategie: «Im Bahnhof steht jetzt ein Zug, der Richtung Mindestlöhne abfahren kann. Da wollen wir in der Lok dabei sein. Und wir hängen noch einen Wagen an, die Stärkung der Kollektivverträge.» Diese kluge Strategie setzte sich nicht nur im EGB durch, sondern in allen Instanzen der EU. Eine soziale Wende zeigte sich auch bei weiteren EU-Richtlinien: Konzernverantwortung, Plattformarbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Eine günstige Konstellation der politischen Kräfteverhältnisse machte diese Wende möglich. Das kann sich aber bereits bei den nächsten Europa-Parlamentswahlen wieder ändern. Noch ist das Soziale in der EU nicht gesichert. Es bleibt wacklig, solange in der EU-Verfassung und in den EU-Verträgen die Freiheit des Binnenmarktes oberste Norm ist.

Mit dieser Kolumne verabschiedet sich Andreas Rieger nach über 7 Jahren und rund 147 Kolumnen von work. Die Redaktion dankt ganz herzlich für den immer wieder überraschenden und ungetrübten gewerkschaftlichen Blick nach Europa. Ab der nächsten work-Ausgabe wird Roland Erne an dieser Stelle über Europa schreiben. Er war Chemielaborant, Sekretär der Gewerkschaftsjugend und lehrt heute an der Uni.

Zum Tod von Journalist und Ex-work-Redaktor Michael Stötzel

«Mensch, ich werd auch nicht mehr jünger!»



UNZERTRENNLICH: Michael Stötzel mit seiner langjährigen Begleiterin Gretchen. FOTO: NINA SEILER

Michael Stötzel konnte Not, Unrecht und Unterdrückung nicht akzeptieren. Niemals! Auch nach Feierabend nicht. Nun ist er 74-jährig gestorben.

MARIE-JOSÉE KUHN

Weilte Michael Stötzel noch unter uns und erführe von seinem Tod, er würde bestimmt sagen: «Nu brat mir nen Storch!» Und ungehalten nachschoben: «Wieso sterben die? Was soll denn dieser Scheiss?»

Deutsche Kraftworte gegen Unglück und Leid. Dabei war Michael ein grosser Sensibler, ein Kümmerer. Politisch und privat. Er half, wo er konnte. Denn er war einer, der Not, Unrecht und Unterdrückung nicht

Für Michael Stötzel war das Schreiben das Leben.

akzeptierte. Niemals! Nicht dieses des Äquators und auch nicht jenseits. Stötzel litt am Gang dieser Welt. Auch nach Feierabend. Und auch am Sonntag.

Für den Stötzel gab es so was wie Work-Life-Balance nicht, da konnte der Mann mit dem Dackel nur ungehalten seinen Blondschoopf schütteln und zu seinem Hund runterbrummen: «Was ist denn das wieder für ein Mist, Gretchen?» Und der Redaktionshund wedelte fröhlich mit dem Schwanz. Für sein Herrchen war das Schreiben eben das Leben. Gretchen wusste das.

JÄGER UND SAMMLER

In den wilden 68ern bricht Michael als Student auf, dem alles fressenden Kapitalismus das Fürchten zu lehren. Mit der Waffe der Aufklärung. «Das muss man den Leuten doch mal erklären», sagte er auch später ständig. Erklären, wie das so war in dieser nicht entnazifizierten Bundesrepublik. Stötzel war das politische Kind von «Nie wieder Deutschland!». Der antifaschistischen Bewegung von damals. Nationalismus und Rassismus waren ihm ein Greuel. Als SVP-Vordenker Christoph Mörgeli 2006 nach einem rassistischen Übergriff von den «Eiterbeulen der Multikulti-Gesellschaft» redet, notiert Stötzel im work: «Für diese Wortwahl gibt es nur einen passenden Begriff: Nazidreck.»

Auf Arroganz und Überheblichkeit reagiert Michael allergisch. Der

Anspruch der Deutschen, die EU anzuführen und die Länder des Südens mit ihren Sparvorgaben zu ersticken, «klotzte» ihn an. Und trotzdem war er einer von ihnen, ein Schalke-Fan, ein Ruhrpottler, einer, der die deutsche Sprache gottlob auch in der Schweiz nie abstreifte für ein schrilles «Grüzi!».

ZWEI SEELEN, ACH!

1948 kommt Michael Stötzel in Essen zur Welt. Von seinem Vater, dem Leiter des Botanischen Gartens von Essen, nimmt er viel Wissenswertes über Rosenzucht mit. Ja, mit Michael konnte ich auch über Rosen reden. Oder über Schneekugeln, von denen er eine Sammlung zu Hause hatte. Eigentlich war Michael Stötzel ein Jäger und Sammler. Ein wanderndes Lexikon. Alles, was ihm in die Finger kam, las er. Doch obwohl er meistens alles besser weiss als andere, ist er kein Besserwisser. Eher bescheiden und schau.

Einmal in einer Retraite mussten wir unter der Anleitung einer Frau Coach als Teamübung die Umrisse Afrikas zeichnen. Plus die Umrisse aller afrikanischen Staaten und ihre Hauptstädte. Michael verdrückte sich nach hinten in eine Ecke, um von dort aus aber immer wieder einzugreifen, wenn wir vorne am Flipchart nicht mehr weiterwussten. Schliesslich zwangen wir ihn nach vorne an den Filzstift. Er löste die Aufgabe praktisch im Alleingang. Nur bei zwei Hauptstädten zögerte er und seufzte: «Mensch, ich werd auch nicht mehr jünger!»

In Bonn studiert Michael Völkerkunde und geht ins Feld: ethnologische Forschung bei den Guarayos, südamerikanischen Guarani-Indigenen aus Tieflandbolivien. Später zieht er nach Berlin. Als Auslandsredaktor schreibt er dort bei der sozialistischen «Neuen». Springt aber bald schon nach Zürich ab, wo er bei der WOZ anheuert.

Nach 15 Jahren WOZ folgt Stötzel 2002 dem Ruf von work, amtiert als Allrounder, später als Stellvertreter. Über seinen grossen Sprung in die Schweiz sagte Michael mir mal: «Schon verrückt, ich kam ja in die Schweiz, um weniger Deutsche um mich zu haben. Doch jetzt, wo immer mehr Deutsche nach Zürich strömen, holen sie mich hier wieder ein.» Und als mal so ein richtig währschafftes Exemplar von einem deutschen IG-Metaller im work aufkreuzt und schenkelklopfend loslegt, flüstert Stötzel mir zu: «Gell, genau das meint ihr jeweils damit, wenn ihr «Sauschwabe» sagt, oder?»

Michael, der Skrupulöse, der Konfliktscheue: Er bedachte immer alles und hatte stets Bedenken. Zu Forschendes mochte er nicht, man könnte ja irgendwen vor den Kopf stossen, irgendwem schaden. Das war die eine Seele in seiner Brust. Doch da gabs noch eine zweite.

«Wissen zu wollen, was los ist», sagte Stötzel, das sei, was ihn als Journalist antreibe. Kein Thema war ihm zu unsexy, zu komplex oder zu klein. Er wollte schliesslich «keinen Blumentopf» gewinnen, sagte er. Clickbaiting und Sauglattismus waren ihm zuwider. Ein Stötzel wollte es einfach wissen, um es anderen erklären zu können. Was sogenannte Minusstunden auf dem Bau sind. Oder wie genau Asbest tötet.

Immer wieder rückt Stötzel auch aus, dorthin, wo Betriebe beben. Wegen einer angedrohten Schliessung, Massenentlassung oder Verlagerung ins Ausland. Und regelmässig wachsen ihm die Protagonistinnen und Protagonisten seiner Geschichten ans Herz. «Die Unseren», sagt er jeweils an der Redaktions-sitzung. «Unsere Zylissianer». «Unser Bauzausel».

HINFERKELN

Über Jahre verfolgt Michael die Arbeitskämpfe im Bau. Den grossen Baustreik von 2002, den historischen Durchbruch bei der Frührentierung mit 60. Drei Baumeisterchefs hat Stötzel im Laufe der Zeit wach-

Wissen zu wollen, was los ist: das trieb den Journalisten Stötzel an.

sam auf die Finger geschaut. Bei einem erreicht er mit seiner Kritik sogar, dass dieser nicht mehr mit ihm reden will. Es ist Hardliner Werner Messmer, evangelikaler Freikirchler und FDP-Nationalrat. 2008 betitelt Michael seinen Bau-Knatsch-Artikel mit: «Jetzt steht der Konflikt auf Messmers Schneide». Ja, schneidend sind Stötzels Worte fürwahr.

«Hinferkeln» war auch so ein Stötzelismus. Auf ins Verderben, aber bitte selbstironisch! Witz um zwei Ecken herum und britisches Understatement: Michael schwang eine elegante, scharfe, saugute Klinge. Und diese führte eindeutig die zweite Seele in seiner Brust. Einst schrieb er in einem angriffigen Editorial, viele würden sich bestimmt freuen, wenn dieser «Unflat Stötzel» mal weg sein werde. Da hat er sich getäuscht. So was von getäuscht!

Gewerkschafterin Andreeva (41) über ihr «Jahr der Schocks» «Ukraine ist die grösste Baustelle Europas»

Putins Krieg zwang Anna Andreeva zur Flucht. Die Russin und Bau-Gewerkschafterin aus Kiew fand Aufnahme am Genfersee. work erklärt sie, warum die Gewerkschaften für Selenski so wichtig sind. Und warum er diese trotzdem nicht mag.

JONAS KOMPOSCH

work: Frau Andreeva, Sie sind vor einem Jahr aus Kiew in die Schweiz geflüchtet. Wie geht es Ihnen heute?

Anna Andreeva: Ich bin sehr froh, hier zu sein. Nach ein paar Wochen in Genf habe ich eine Wohnung in Prangins gefunden, einem kleinen Waadtländer Dörfchen direkt am See. Es ist fast paradiesisch: Die Natur ist phantastisch, und die Leute sind unglaublich nett. Auch mein Sohn, mittlerweile fünfjährig, wurde von Beginn an herzlich aufgenommen. An seinem ersten Schultag war schon alles parat – auf seinem Pult lag ein Willkommensbriefchen mit seinem Namen drauf. Das hat ihn extrem gefreut. Und er macht Riesenschritte, spricht schon besser Französisch als ich!

Und der Krieg? Denken Sie nicht dauernd daran?

Natürlich verfolge ich die Situation aufmerksam, denn wir haben schon so viel verloren, und es könnte noch schlimmer kommen – nicht nur in der Ukraine. 2022 war für mich

«Die Gewerkschaften halten die Bevölkerung zusammen.»

BWI-GEWERKSCHAFTERIN ANNA ANDREEVA

das Jahr der Schocks. Die überraschende Invasion, die Bomben auf Kiew, die Massaker, die Atomkriegsdrohungen... Aber mittlerweile konnte ich mich wieder sammeln. Jetzt hoffe ich, dass nicht noch mehr Schocks folgen, sondern Fortschritte, wenigstens kleine. Ich selber nehme alles, wie's kommt, grosse Pläne liegen nicht drin.

Ihr Mann, Vasyl Andreyev, durfte die Ukraine nicht verlassen...

... das wollte er auch nie! Er ist Präsident der Bauarbeitergewerkschaft Profbud und hat seit Kriegsbeginn mehr zu tun denn je. Putins Bomben haben die Ukraine in die grösste Baustelle Europas verwandelt. Und es fehlt an allem. Besonders rar sind Baumaschinen und qualifizierte Arbeiterinnen und Arbeiter. Viele von ihnen sind an der Front. Die Gewerkschaften organisieren daher Ausbildungskurse im Bauwesen.

Werden die Gewerkschaften dabei vom Staat unterstützt?

Überhaupt nicht! Und das ist absurd, zumindest einerseits. Denn die Gewerkschaften leisten nicht nur wichtige Ausbildungsarbeit, sie haben auch sofort ihre Sanatorien und Hotels in Flüchtlingsunterkünfte und Volksküchen verwandelt. Sie sind praktisch zu humanitären Organisationen geworden. Sie halten die Bevölkerung zusammen. Und einige unterstützen die Truppen sogar logistisch.

Und andererseits?

Andererseits ist es logisch, dass die Gewerkschaften von Präsident Wolodimir Selenski im Stich gelassen werden. Denn seine Regierung ist äusserst neoliberal, die Gewerkschaften sind ihr ein Dorn im Auge. Und zwar nicht nur, weil sie jetzt alles, was sowjetischen Ursprungs ist, unter Generalverdacht stellt – also auch die grossen Gewerkschaften. Sondern auch aus handfesten politischen Gründen: Die Regierung wollte im letzten Jahr ja eine riesige Arbeitsmarktreform durchpeitschen. Ziel war die maximale Flexibilisierung und vollkommene Deregu-



ANNA ANDREEVA: «Selenskis Regierung sind die Gewerkschaften ein Dorn im Auge.»

FOTO: OLIVER VOGELSSANG

lierung des Arbeitsgesetzes zugunsten der Unternehmer. Das konnten wir wenigstens teilweise verhindern.

Es herrscht Kriegsrecht. Streiks und Proteste sind verboten. Viele Gewerkschaftsmitglieder sind in der Armee oder geflüchtet. Wie erzeugt man in einer solchen Situation Druck?

Mit internationaler Solidarität! Sie ist jetzt noch wichtiger geworden. Gewerkschaften aus der ganzen Welt, auch aus der Schweiz, haben Selenski deutlich gemacht, dass unsere Arbeitsrechte nicht geschleift werden dürfen – erst recht nicht, wenn die Bevölkerung gerade von feindlichen Truppen überfallen wird. Geholfen hat uns auch, dass die Ukraine in die EU will. Denn die EU-Standards sind schlicht nicht kompatibel mit den radikalen Deregulierungsvorhaben unserer Regierung. Darauf hat besonders der Europäische Gewerkschaftsbund hingewiesen. Umso schlimmer war für uns der Korruptionsskandal in Brüssel.

«Katar-Gate» hat der Ukraine geschadet? Bitte erklären Sie.

Im Zuge der Polizeirazzien bei EU-Parlamentsmitgliedern wurde auch Luca Visentini verhaftet, der ehemalige Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds. Das haben die regierungstreuen Medien in der Ukraine sofort ausgeschlachtet: «Seht her, wir haben es ja immer gesagt, die Gewerkschaften sind korrupt.» Da hat uns Visentini einen schönen Bärenienst erwiesen.

Russin aus Kiew

Anna Andreeva (41) ist Gleichstellungsbeauftragte bei der Bau- und Holzarbeiter Internationale (BWI) in Genf. Nach ihrem Jusstudium in Berlin, Kassel und St. Petersburg heiratete die Russin einen ukrainischen Gewerkschafter. Das Paar lebte zehn Jahre in Kiew, bevor Andreeva mit ihrem Sohn (5) die Flucht ergriff (work berichtete: rebrand.ly/bombenhagel).

Sie sind Russin, St. Petersburg ist Ihre zweite Heimat. Wie hat sich Russland verändert mit dem Krieg?

Weil ich meine Meinung laut und öffentlich sage, ist eine Rückkehr nach Russland zu riskant geworden. Ich kann also nur aus der Ferne urteilen. Sicher ist: Die wirtschaftliche Lage hat sich verschlechtert. Die Schmerzgrenze ist aber noch lange nicht erreicht. Beim Einkaufen findet man zwar nicht mehr alles, doch die Läden sind geöffnet. Europaferien sind jetzt auch für die Reichen kompliziert geworden, doch der grösste Teil der Welt bleibt zugänglich. Die meisten Leute haben sich ohnehin zurückgezogen und wollen möglichst nichts zu tun haben mit dem Staat und dem Krieg. Widerspruch ist extrem gefährlich geworden. Putin verfügt über 5 Millionen bewaffnete Uniformierte. Sie stehen überall bereit, um Proteste im Keim zu ersticken. Geändert hat sich auch die Propaganda: Es geht nicht mehr um eine «Sonderoperation» gegen eine «Kiewer Nazi-Junta». Heute verbreiten die Fernsehkanäle die Lüge, dass Russland sein eigenes Territorium habe verteidigen müssen – und zwar vor der Nato und dem «kollektiven Westen».

Braucht die Ukraine also mehr Panzer und Kampffjets?

Ich weiss es nicht. Wenn es das Töten beendet... Der Krieg muss jedenfalls aufhören, und zwar für immer. Doch ein nachhaltiger Friede braucht einen gescheiterten Plan – und den sehe ich leider noch nirgendwo.



la suisse existe
Jean Ziegler

DIE ALLMACHT DER KONZERNE

Der US-amerikanische Philosoph Noam Chomsky nennt sie die «Gigantic Immortal Persons» (die gigantischen unsterblichen Personen). Gemeint sind die transkontinentalen Konzerne. Ihre finanzielle und wirtschaftliche Macht ist überwältigend. Laut Weltbank-Statistik kontrollierten die 500 grössten Weltkonzerne 2021 (alle Sparten zusammengenommen) 52,8 Prozent des Welt-

Es geht um den Kampf gegen die mörderische Profitwut der Konzerne.

sozialprodukts, also alle in der Welt während eines Jahres produzierten

Reichtümer. Ihre Produktionskraft und ihr technisches Können sind beeindruckend. Gleichzeitig schaffen sie ein fürchterliches Elend für Millionen von Menschen, vor allem in Entwicklungsländern.

GLENCORE, SYNGENTA & CO. Die Schweiz beherbergt viele dieser Konzerne. Erstes Beispiel: Mopani in Zambia, eine der grössten Kupferminen der Welt. Sie gehört Glencore, dem weltgrössten Rohstoffspekulant, mit Sitz in Zug. Für die Produktion verwendet der Konzern massive Mengen des überaus giftigen Schwefeldioxids. Anwohnerinnen, Arbeiterfamilien, Bäuerinnen und Bauern leiden unter schrecklichen Krankheiten. Zweites Beispiel: Syngenta, mit Sitz in Basel, ist der mächtigste Agrarchemiekonzern der Welt. Er erwirtschaftet jährlich astronomische Profite mit dem Unkrautvernichtungsmittel Paraquat, das Krebs verursacht. In den ärmsten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas fallen ihm zahllose Familien zum Opfer. Paraquat ist in der Schweiz verboten.

Letztes Beispiel: Ewekoro ist ein Bauerndorf im Südwesten Nigerias. Der schweizerische Zementriese Lafarge Holcim installierte nahe dem einst prosperierenden Dorf eine Produktionsstätte gigantischer Dimension. Seither sind Luft, Boden und Grundwasser vergiftet. Die Anwohnerinnen und Anwohner sterben an Atemwegkrankheiten, Lungenkrebs, Leberkrankheiten.

Die äusserst kompetente Nichtregierungsorganisation Public Eye, die diese Beispiele und viele andere dokumentiert hat, schreibt: «Für die leidenden Menschen gibt es keine Hilfe, keinen Schadenersatz, keine mögliche Selbstwehr.»

SCHADENERSATZ. November 2020: Das Schweizer Volk nimmt die Konzernverantwortungsinitiative an. Die Initiative scheitert jedoch knapp am Ständemehr. Die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat bekämpft die Initiative vehement, verspricht aber im Gegenzug ein Bundesgesetz mit Schadenersatzanspruch. Doch nichts geschieht. August 2022: Eine Koalition von Gewerkschaften, Kirchen, Hilfsorganisationen lanciert eine Petition an Parlament und Bundesrat. Die Beteiligung ist gewaltig: schon im vergangenen Dezember konnte die Koalition die eindrucksvolle Zahl von 217 509 Unterschriften einreichen.

Die Petition fordert vom Bundesrat die sofortige Ausarbeitung eines Bundesgesetzes, das Konzerne (und ihre direkten Zulieferer) im Falle der Verletzung von Menschenrechten und Umweltschutznormen zu Schadenersatz verurteilt. Gerichtsstand: Schweiz. Es geht um die Gesundheit, das Leid, das Überleben von Millionen Menschen in der aussereuropäischen Welt. Es geht um den Kampf gegen die mörderische Profitwut der Konzerne.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam letzten Frühling als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Neuer Dumping-Trick Genf stoppt Uber (schon wieder)

Es ist der Versuch des Dumping-Fahrdienstes, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen: Uber-Fahrerinnen und -Fahrer sollen wählen können, ob sie selbständig oder bei einer Drittfirma angestellt sein wollen. Klingt schön,



GAV FÄHRT MIT, bei Uber-Fahrern von Drittfirmen. FOTO: PD

ist aber beides illegal. Denn im Mai urteilte das Bundesgericht: Wer für Uber fährt, gilt als Angestellter (rebrand.ly/rotekarte).

Jetzt bestätigt der Kanton Genf als erster: Auch die Anstel-

Der Kanton erklärt Ubers «Partner»- Modell als illegal.

lung über Drittfirmen verstösst gegen Schweizer Recht. Denn das ist Personalverleih. Heisst: die Firmen müssen den dazugehörigen Gesamtarbeitsvertrag und das Arbeitsvermittlungsgesetz einhalten. Zudem brauchen sie eine Bewilligung. Die Genfer Uber-Partner, MITC und Chaskis Rides, haben diese nicht. Deshalb hat ihnen der Kanton die Tätigkeit verboten. Weil sie Rekurs eingelegt haben, dürfen sie vorerst weiter operieren, bis das Kantonsgericht entscheidet. Klar ist aber: Gesetz und GAV gelten schweizweit. Unia-Mann Roman Künzler fordert deshalb: «Auch die anderen Kantone müssen das illegale Verhalten von Uber stoppen – jetzt!» (che)

Warenhaus-Ikone Jelmoli muss schliessen – weil Besitzerin mehr Rendite will 27 Millionen Miete waren nicht genug

Fertig mit Beauty, Bijouterie und Bettwaren, jetzt kommen Büros. Das ist das Ende von Jelmoli, dem ältesten Warenhaus der Schweiz. Die 850 Mitarbeitenden müssen eine neue Stelle suchen.

CHRISTIAN EGG

Jelmoli hatte keinen Aufwand gescheut. Das Parterre des sechsstöckigen Warenhauses wurde zum Festsaal, geschmückt mit weissen Orchideen. 500 Gäste schlürften Champagner und fütterten Edel-Häppchen, es gab eine Opernaufführung und eine Modeschau. Das war 2008. Das Traditionshaus an der teuren Bahnhofstrasse feierte sein 175jähriges Bestehen.

Ein 200-Jahr-Jubiläum wird es nicht geben. Jelmoli schliesst auf Ende nächsten Jahres. Alle 850 Arbeitsplätze verschwinden. Entschie-

den hat das die Besitzerin: die grösste börsenkotierte Immobilienfirma der Schweiz, Swiss Prime Site (siehe Box) Damit verschwindet eine Ikone.

1833 von einem italienischen Einwanderer gegründet, revolutionierte Jelmoli das Einkaufen: Es galten fixe Preise, auf Wunsch wurden die Kleider nach Hause geliefert. 1899 wurde in Zürich der Glaspalast eröffnet, der bis heute steht: das erste Warenhaus der Schweiz.

IMMO-FIRMA GREIFT ZU

Nach vielen Besitzerwechseln (darunter die Verlegerfamilie Ringier, die heutige Credit Suisse und der Unternehmer Walter Fust) griff 2009 die Swiss Prime Site zu und kaufte Jelmoli. Da hatte die Firma ihre besten Zeiten schon hinter sich und alle Standorte, es waren mal über 200, geschlossen – ausser dem Zürcher Glaspalast. Sie besass aber noch Liegenschaften im Wert von vier Milliarden Franken, viele an guten Lagen. Das war es, was die Swiss Prime Site wollte. Der Betrieb des Warenhauses war nur Beifang.

Den die Swiss Prime Site nun über Bord wirft. Sie habe vergeblich einen Käufer gesucht, der den Betrieb – nicht aber das Gebäude – übernehmen wolle, so die Firma in einer Mitteilung. Nun will sie das Jelmoli-Haus umbauen. Danach soll es nur noch im Erd- und im Untergeschoss Läden geben, im Rest dagegen Büros. Diese sollen höhere Mieten abwerfen.

Swiss-Prime-CEO René Zahnd stellt in Interviews das Jelmoli-Ende als unausweichlich dar: Ein so grosses Warenhaus «lässt sich heutzutage einfach nicht mehr rentabel betreiben».

Doch so einfach ist das nicht. Denn bis 2003 schrieb Jelmoli durchaus Gewinn. Und lieferte dem Eigentümer Walter Fust 5 bis 7 Prozent des Umsatzes ab – eine «marktgerechte Miete», wie sich der damalige CEO Peter Leumann gegenüber der «Sonntagszeitung» erinnert. Heute dagegen



EINE IKONE VERSCHWINDET: Jelmoli war das erste Warenhaus in der Schweiz, 1899 eröffnet von einem italienischen Einwanderer. FOTOS: KEYSTONE (2) / STADTARCHIV ZÜRICH, VII.573 (1)



zahlt Jelmoli jedes Jahr 27 Millionen Franken Miete an die Swiss Prime Site. Das sind 11 Prozent des Umsatzes. So viel sei für ein Warenhaus nicht tragbar, kritisiert Leumann.

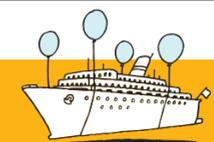
SONNTAGS GESCHLOSSEN

Bei einigen rechten Ideologen trigerte die Nachricht den erwartbaren Reflex: Es brauche längere Öffnungszeiten! Die NZZ verwies in einem ausführlichen Kommentar auf berühmte Warenhäuser wie etwa «in Berlin das KaDeWe oder in London das Harrod's». Das seien «Touristenattraktionen». Und weiter: «Das geht allerdings nur,

wenn man seinen Laden dann öffnen darf, wenn die Touristen da sind.» Also auch jeden Sonntag. Dumm nur: Die Ladenöffnungszeiten waren aus Sicht der Swiss Prime Site, wie erwähnt, nicht das Problem. Und das KaDeWe in Berlin hat am Sonntag zu.

Wer work liest, weiss: Es hat die Deregulierung-Turbos schon immer wenig gekümmert, ob ihre Argumente stichhaltig sind. Beispielpflicht zeigte sich das in der Coronazeit – da mutierten die Begründungen für das immergleiche Rezept schneller als das Virus (nachzulesen unter: rebrand.ly/turbos).

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Tragflügelboote: Im Sauseschiff von Evian nach Lausanne?

Eiskunstläuferin Denise Biemann und ihr Kollege Stéphane Lambiel flitzen immer noch auf Kufen über die Eisflächen dieser Welt. Jetzt erhalten sie Kufen-Konkurrenz von fliegenden Booten auf Schweizer Seen.

Die Schweizer Schifffahrt ist langsam. Eine Fahrt von Stäfa ZH nach Zürich dauert eine Ewigkeit. Und auf der Schiffsreise von Thun nach Interlaken BE lässt sich in Ruhe ein feines Mittagessen geniessen. Selbst die Fahrt vom französischen Evian-les-Bains nach Lausanne dauert 35 Minuten. Entspannend für Ferienreisende, aber ärgerlich für die Pendlerinnen und Pendler.

Das Start-up Mobyfly mit Sitz in Collonges VS hat am Computer eine Serie von Schnellbooten entwickelt, die – falls die heissen Dinge denn funktionieren sollten – alles übertreffen werden, was wir bisher kennen.

Vorteil 1: Die Mobyflyer sind mit bis zu 74 Kilometern pro



BLITZSCHNELL: Diese schnittigen Kufenboote von Mobyfly sollen 70 Prozent weniger Energie verbrauchen als bisherige Schiffe. FOTO: MOBYFLY

Stunde unterwegs. Die Fahrt auf dem Zürichsee von Stäfa nach Zürich würde also noch schlapp 15 Minuten dauern. Zug und Auto haben da keine Chance.

Vorteil 2: Das Testschiff fasst 10 Personen. Der grösste Moby-Dick-Flyer soll dereinst bis zu 300 Personen transportieren können. Das heisst: Er hätte mehr Kapazität als eine

Glacier-Express-Komposition mit ihren fünf Wagen.

Vorteil 3: Die Mobyflyer sollen viel weniger Energie verbrauchen als alle anderen Transportmittel. Wie eine Grafik der Hersteller zeigt: Unterwegs mit 30 Kilometern pro Stunde, verbraucht der Mobyflyer 13 Mal weniger als ein Zug und sogar 44 Mal weniger als ein Benziner-Auto.

KANN DAS ALLES WAHR SEIN?

Oder handelt es sich hier um eine Idee, die eine Bauchlandung im Genfersee machen wird? Die Hoffnung stirbt jedoch immer zuletzt. Einige Fragen drängen sich für uns trotzdem auf.

Frage 1: Bei welchem Wellengang können die Boote wie schnell unterwegs sein?

Frage 2: Wie hoch ist der Energieverbrauch, wenn die Boote mit 72 statt mit 30 Kilometern pro Stunde von einem Hafen zum anderen düsen?

Frage 3: Können diese Donner-geschosse Badenden und Fischerbooten zuverlässig ausweichen?

Frage 4: Unsere Seen werden immer sauberer. Auch deshalb nimmt die Zahl der Fische ab und die, die überleben, wachsen weniger schnell. Sorgen plagen folglich Berufsfischerinnen und -fischer und legen Falten in ihre Gesichter. Verhacken die Mobyflyer-Kufen die bereits stark reduzierten Fischbestände zusätzlich? So wie Windräder unvorsichtige Raubvögel.

Frage 5: Der Rhein ist zwischen Basel und Rheinfelden AG schiffbar. Leider verzögern die Schleusen bei den Laufkraftwerken jede Fahrt. Könnte man dank neu zu konstruierenden Kränen die Stauwehre in weniger als einer Minute überwinden?

Wir alle sind zu Recht gespannt, was da kommt.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/fliege-yachten
Für 80 Millionen Franken sollen sich die Stinkreichen Megayachten kaufen können, die nach dem gleichen Prinzip wie die Mobyfly-Boote funktionieren. Damit die russischen und ukrainischen Oligarchen noch schneller verdüsen können.

● rebrand.ly/moby-ladung
Das welsche Energieversorgungsunternehmen «Groupe E» will in den Häfen Ladestationen installieren, damit man die Mobyflyer in weniger als 20 Minuten aufladen kann. Wenn man die neuesten Ladestationen für Lastwagen verwendet, wird es noch schneller gehen.

● rebrand.ly/elektro-schlepper
Das Schweizer Transportunternehmen Friderici Spécial verfügt über einen elektrischen Sattelschlepper der 40-Tonnen-Klasse. Der erste Mobyflyer wurde stiltgerecht mit dem Elektro-Sattelschlepper in den Hafen von Bouveret VS gefahren.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»:
www.workzeitung.ch



GIBT EINBLICK IN EINE VERSCHWIEGENE BRANCHE: Der ehemalige Chemist Hans Heimann (70) in den Fabrikhallen auf dem Ciba-Areal. FOTO: CH MEDIA / JURI JUNKOV

Ex-Chemiarbeiter und Gewerkschafter Hans Heimann führt auf die Pfade der Basler Chemiewerke

Basels giftiges Erbe

Die Stadt im Dreiländereck ist geprägt von der Geschichte der «Chemischen». Ein Rundgang durch das frühere Ciba-Areal zeigt die prekären Arbeitsbedingungen, die gewerkschaftlichen Erfolge und die ungewisse Zukunft.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Treffpunkt: Eingang zum Ciba-Areal, gleich vis-à-vis von der Tramhaltestelle. Das Areal im Basler Klybeck-Quartier betritt man durch ein grosses eisernes Tor. Doch Zutritt haben hier nicht alle: Im rostigen Portierhäuschen steht bei Wind und Wetter eine aufmerksame Wächterin. Mit dem Verein für Industrie- und Migrationsgeschichte der Region Basel werden aber einige der gut gehüteten Geheimnisse des Chemieareals für alle zugänglich. Der Verein, der von ehemaligen Chemiearbeitenden und ihren Angehörigen gegründet wurde, organisiert nämlich seit einigen Monaten Führungen und hat sogar ein Museum zur Basler Chemiegeschichte eröffnet.

VERSUCHE AN HAMSTERN UND HUNDEN?

Beim Betreten des Areals fallen zuerst drei grosse Kamine der ehemaligen Energiezentrale auf. Aus ihnen steigt schon lange kein giftiger Rauch mehr auf. Die ersten Chemiekamine entstanden mitten im Stadtzentrum. Dort liegen die Ursprünge der Basler Chemiegeschichte. An ersten chemischen

Farben wurde schon im Jahr 1859 getüftelt. Doch den Gestank aus den Kaminen duldet die Nachbarschaft nicht lange. Und so zog die Farbproduktion ins Klybeck raus, fast an die Grenze zu Deutschland und Frankreich. Während die reichen Fabrikbesitzer näher an der Stadt hausten, entstand hinter dem Ciba-Areal ein Quartier für die stetig wachsende Belegschaft. Schaut man sich auf dem Ciba-Areal um, fallen die heruntergekommenen Gebäude auf. Führungsleiter Nicholas Schaffner sagt: «Die Mehrheit der Gebäude steht heute leer. Welche Altlasten hier noch schlummern, lässt sich kaum abschätzen.»

Einzig das Gebäude, das heute noch von der Novartis genutzt wird, sticht mit einer schicken, verglasten Fassade hervor. Zu Zeiten der Ciba sollen darin Tierversuche mit Hamstern, Katzen und Hunden stattgefunden haben. Das seien aber

mehrheitlich Gerüchte, meint Schaffner. Zu vermeintlichen gab es offenbar trotzdem etwas. So mussten die Arbeiterinnen und Arbeiter unterschreiben, in der Öffentlichkeit nicht über ihre Tätigkeiten bei der Ciba zu sprechen.

ERSTE STREIKS

Die gefährliche Arbeit mit den Chemikalien wurde mies bezahlt. Bereits 1913 kam es zu ersten Streiks. Die Gewerkschaftsbewegung wuchs und wuchs. Nach dem Landesstreik von 1918 organisierten die Basler Arbeiterinnen und Arbeiter sogar noch einen zweiten, lokalen Generalstreik. Das war im August 1919. Die Regierung schickte Soldaten, diese schossen wild um sich. Fünf Menschen starben. Auch nach den Streiks liessen die

«Ich musste ohne Maske mit giftigen Stoffen hantieren.»

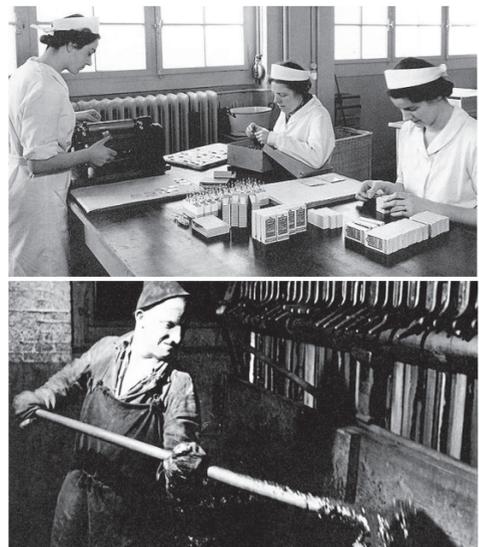
HANS HEIMANN, EHEMALIGER CIBA-CHEMIST

Arbeitsbedingungen noch zu wünschen übrig. Besonders zwischen den Weltkriegen litt die Basler Arbeiterklasse unter wirtschaftlicher Not. Denn trotz enormen Gewinnen zahlte die Chemiebranche weiterhin schlechte Löhne. Das verbesserte sich endlich mit dem ersten Gesamtarbeitsvertrag im Jahr 1945. Weiterhin ignoriert wurden dagegen die gesundheitlichen Risiken.

Verlässt man das Areal durch das grosse eiserne Tor, steht gleich gegenüber die ehemalige Fabrikhalle WKL 314, wo das Museum eingerichtet ist. Ausgestellt sind hier unter anderem auch persönliche Geschichten von Arbeiterinnen und Arbeitern. Die Zeitzeugen erzählen von ihrer Zeit beim Chemiewerk. Einer von ihnen ist Hans Heimann (70), Vereinspräsident und Mitorganisator der Ausstellung. In den 1970er Jahren absolvierte er eine Lehre als Chemist. So hiessen damals Betriebsarbeiter nach zwei Jahren Ausbildung. Nach vier Jahren waren sie Chemikanten. Heimann erzählt: «Bei der Arbeit musste ich oft mit giftigen Stoffen hantieren. Eine Maske hatte ich nicht.»

DIE GEFAHR LAUERT WEITER

Gegen diese Gefahren wollte Heimann ankämpfen. Er sagt: «Ich war gewerkschaftlich sehr aktiv, was im Betrieb nicht gut ankam.» Heimann hat immer wieder gesundheitliche Gutachten verlangt. Doch nach fünf Jahren Ciba hatte er genug: «Mir wurde es irgendwann schlicht zu giftig.» Auch das Chemiewerk blieb nicht mehr lange bestehen. 1996 fusionierte Ciba-Geigy mit Sandoz. Aus den beiden grössten Basler Chemiewerken entstand Novartis. Danach wurde das Areal immer weniger genutzt, seit 2010 herrscht Stillstand. Nur noch wenige Verwaltungsgebäude werden von Schulen oder anderen Betrieben be-



FABRIK-ALLTAG: Sandoz-Arbeiterinnen kontrollieren und verpacken Calcium-Ampullen (1930er Jahre). Ein Arbeiter reinigt ungeschützt eine Filterpresse (1948).

nutzt. Geblieben sind dagegen die giftigen Altlasten im Boden. Deshalb sind auf dem gesamten Areal grosse gelbe Sandsäcke zu finden. Sollte es zu einem Brand kommen, müssen diese über die Schächte gelegt werden. So wird verhindert, dass giftiges Löschwasser in den Rhein gelangt. Auch eine Industriefeuerwehr steht noch immer bereit.

Wegen Altlasten-Sanierung: Zoff ums Ciba-Areal

Das Ciba-Areal gleicht fast schon einer Geisterstadt. Während hier zu Spitzenzeiten mehrere Tausend Arbeiterinnen und Arbeiter das Stadtviertel belebten, stehen heute die alten Backsteingebäude leer. Die Umnutzung des Chemieareals ist umstritten. Die Swiss Life schnappte sich einen Grossteil davon. Sie will hier neue Luxuswohnungen für fast 10 000 Menschen bauen. Der Deal: Weder die Pharmaindustrie noch die Stadt muss sich dafür um die Sanierung der giftigen Altlasten kümmern.

STRENGERE REGELN. Doch diesem Plan kam der Mieterinnen- und Mieterverband in die Quere. Seine Wohnschutzinitiative wurde in Basel knapp angenommen und fordert: strengere Bewilligungspflicht für Sanierungen, Um- und Neubauten. Über die genaue Umsetzung der Initiative wird aber noch gestritten. Das Profitprojekt von Swiss Life und besonders ihren Investorinnen und Investoren könnte daher auf der Kippe stehen. (dak)

Neuer Gwerbler-Chef: Ein rechter Hardliner!

Der Gewerbeverband setzt sich mit Henrique Schneider einen rechten Ideologen an die Spitze.

JONAS KOMPOSCH

Mit Hans-Ulrich Bigler (64) herrscht seit 15 Jahren ein rechter Polterier über den Schweizerischen Gewerbeverband (SGV). Die Folge: Der Verband, der laut Eigenwerbung 600 000 KMU vertritt, ist zum Seitenwagen der Blocher-SVP verkommen. Zur Sünneli-Partei ist der Alt-FDP-Nationalrat nun auch offiziell



Henrique Schneider. FOTO: YOUTUBE

übergelaufen. Gelohnt hat sich's nicht: Bei den Zürcher Wahlen vom 12. Februar verpasste Bigler den Einzug ins Kantonsparlament. Der Gwerbler-Chef geht jetzt in Pension. Frischer

Weil es beim Grosskapital nicht klappte, ging Schneider zum SGV.

Wind ist im SGV aber nicht zu erwarten. Denn Biglers Nachfolger wird Henrique Schneider (45). So haben es am 8. Februar 80 SGV-Delegierte (darunter 8 Frauen) einstimmig beschlossen. Doch wer ist dieser Mann?

FÜR AKW. Beim SGV ist Schneider schon vor 13 Jahren gelandet, wenn auch relativ zufällig. Denn gleichzeitig hatte er sich bei Economiesuisse beworben, dem Dachverband des Grosskapitals. Dort wollte man den Appenzeller SVPLer aber nicht. Beim SGV gab's dafür den Posten des Chefökonom und bald auch den des Vizedirektors. Es folgten Mandate für die Atomlobby und mehrere Bundesjölbli, etwa bei der Rüstungskommission oder der Wettbewerbskommission.

Vom Haudegen Bigler unterscheidet sich der Neue im Stil. Schneider gefällt sich in der Rolle des Intellektuellen. Häufig schwärmt er von seiner Studenzeit in den USA, in China und an der St. Galler HSG, wo er Anschluss fand an alle relevanten Zirkel der Ultraliberalen und Marktradikalen. Das Akademische ist ihm geblieben. Schneider ist nebenberuflich Wirtschaftsprofessor an einer norddeutschen Privathochschule. Eines seiner Credos verriet er einst der «Weltwoche»: Schweizer Grossfirmen gingen häufig Allianzen mit der Linken ein. Das sei schlecht, da «die Linke die Hand beisst, die sie füttert». Schuld seien die «Sozis vom Hegibach» – so nennt Schneider die Economiesuisse!

FÜR AFD. Statt Kompromisse sucht er die Konfrontation. So wie der Dumpingdienst Uber, dem Schneider fasziniert ein Buch widmete. Auch journalistisch ist er tätig, etwa bei der rechten «Umwelt-Zeitung», die er mit Ex-Weltwoche-Mann Philipp Gut herausgibt. Oder beim «Pragmaticus», einem reaktionären Medienprojekt von Prinz Michael von Liechtenstein. Oder bei «Eigentümlich.Frei», einem deutschen Libertären-Heft, in dem auch Faschisten publizieren. Und a propos Rechts-extreme: Für die AfD verfasste Schneider 2021 ein dickes Gutachten über «Umerziehung» im Schulwesen. Aufgefallen ist der Professor auch in der Pandemie, als er von einer «Impfreligion» fabulierte und das Referendum gegen das Covid-Gesetz unterstützte – entgegen der Position des Gewerbeverbands. Wundern sollte das nicht. Schneider blöfft offen: «Ich bin subversiv!»



Darum lieben Versicherungen & Co. das BVG Die Pensionskassen sind ein Selbstbedienungsladen

1200 Milliarden Franken Altersguthaben der Lohnabhängigen horten die Pensionskassen. Daran bedient sich die Finanzindustrie seit Jahrzehnten schamlos.

CLEMENS STUDER

1983, also zwei Jahre bevor das Pensionskassen-Obligatorium eingeführt wurde, schrieb der spätere Basler SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner ein heilsichtiges Buch. Es hiess «Das 200-Milliarden-Geschäft». Was Rechsteiner warnend voraussah, ist untermessen praktisch alles eingetroffen. Einfach noch schlimmer. Am Altersguthaben der Lohnabhängigen bereichern sich Versicherungen, Banken, Fonds und Finanzkonzerne. Und allerhand Mischler. Drei Beispiele:

1. DIE «VERWALTUNGSKOSTEN»

In der Schweiz tummeln sich mehr als 1200 Pensionskassen. Sie verwalten das Altersguthaben von 4,3 Millionen Berufstätigen und bezahlen an knapp 1,2 Millionen Menschen Renten aus. Rund 70 Prozent der Versicherten und der Rentnerinnen und Rentner sind bei Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtungen versichert. Sammeleinrichtungen werden von Versicherungen, Banken und Finanzfirmen betrieben. Denn immer weniger Unternehmen führen eine Betriebspensionskasse. Nach offiziellen Bundeszahlen fließen bei der Verwaltung der Vermögen 5,1 Milliarden pro Jahr an die Finanzindustrie, 1,7 Milliarden kassieren die Pensionskassen für ihren organisatorischen Betrieb. Doch das ist nicht

einmal die halbe Wahrheit. Denn dazu kommen nicht veröffentlichte Kosten für Transaktionen (u. a. bei Wertschriften, Anlagevehikeln, Immobilien) von rund 12 Milliarden. Eine weitere Milliarde Franken aus dem Altersguthaben der Versicherten stecken sich Makler (siehe Punkt «Broker») und Beraterinnen und Berater in die Taschen. Darin berücksichtigt sind auch «diverse Spesen». Zu diesen Kosten lesenswert die Neuerscheinung «Das Rentendebakel» von Danny Schlumpf und Mario Nottaris (rebrand.ly/rentendebakel).

2. DIE GARANTierten PROFITE

Die Versicherer müssen den Versicherten nur 90 Prozent der ausgewiesenen Erträge gutschreiben. 10 Prozent können sie einsacken – egal, wie gut sie geschäftlich sind. Sämtliche Vorstösse, diesen risikolosen Extraprofit auf Kosten der Lohnabhängigen wenigstens zu senken, scheiterten im Parlament an den rechten und bürgerlichen Parteien.

3. DIE BROKER

Eine besonders unappetitliche Gattung im BVG-Haifischbecken sind die «Broker». Sie vermitteln Versicherte an Pensionskassen und kassieren dafür Provisionen. Logisch, dass sie Versicherte dort «parkieren», wo für sie selbst am meisten rauskommt. Übrigens kassieren die Makler auch fürs nichts tun: Wenn sie vermittelte Personen bei der Pensionskasse lassen, bezahlt diese quasi «Miete». Das kostete die Versicherten jährlich rund 200 Millionen Franken. Denn die Broker werden aus den Altersguthaben bezahlt. Alle Bestrebungen, dies abzustellen, scheiterten an den bürgerlichen Parlamentsmehrheiten. Dieses Ansinnen

AHV-Dreizehnter: Jetzt erst recht!

Weil die Pensionskassen immer weniger Rente für immer mehr Lohnbeiträge ausbezahlen, die Teuerung nicht ausgleichen und massiv Frauen benachteiligen, muss die AHV gestärkt werden. Denn bei keiner anderen Rentenversicherung erhalten die Lohnabhängigen mehr Rente pro einbezahlten Franken.



HÖHERE RENTEN. Das hat eine Modellrechnung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) im November 2021 erneut ergeben. Die SGB-Experten verglichen dabei die gesamten Beiträge an die AHV mit den Beiträgen, die Lohnabhängige in einen Fonds der privaten Vorsorge einbezahlen müssten, um die gleiche Rente wie in der AHV zu erhalten. Das Resultat: 90 Prozent der Bevölkerung haben dank der AHV viel mehr Geld zum Leben als bei einer privaten Vorsorge. Mit der Initiative für einen AHV-Dreizehnter wollen die Gewerkschaften das wichtigste Sozialwerk der Schweiz stärken – eine 13-Monatsrente würde die Renten sofort um 8,3 Prozent erhöhen. Geld dafür ist genug vorhanden, auch wenn der SGB jetzt die Initiative «SNB-

Milliarden für eine starke AHV» ad acta gelegt hat, weil sich mit der raschen Zinswende, der neuen Teuerungssituation und der BVG-Reform neue Fragen und Herausforderungen stellen.

FALSCHES VERSPRECHEN. Erwartungsgemäss hat die bürgerliche Mehrheit im Parlament den AHV-Dreizehnter abgelehnt. Die Abstimmung wird spannend, denn besonders nach dem laufenden BVG-Bschiss und den falschen Versprechungen, die Renten sofort um 8,3 Prozent erhöhen. Geld dafür ist genug vorhanden, auch wenn der SGB jetzt die Initiative «SNB-

CLEMENS STUDER

In der Frühlingsession kommt die Pensionskassen-Revision wieder einmal in den Nationalrat BVG-Reform: Rechte Parteien machen ein unsoziales Theater

Aus einer halbwegs sozialverträglichen Vorlage zur Revision der Pensionskassen wurde eine drei Milliarden Franken teure Abbauvorlage auf dem Buckel der Gering- und Normalverdienenden und einmal mehr besonders der Frauen. Ein bürgerliches Trauerspiel in 6 Akten.

CLEMENS STUDER

Prolog: Das Pensionskassensystem ist seit Jahren in der Krise. Für immer höhere Beiträge erhalten wir immer weniger Rente. In den letzten 15 Jahren sanken die BVG-Renten real um fast 9 Prozent. Zur tiefen Verzinsung und den extremen Senkungen bei den Umwandlungssätzen kommt nun der fehlende Teuerungsausgleich in den Pensionskassen dazu. Alleine damit verlieren Neurentnerinnen und -rentner bis Ende 2024 eine ganze Monatsrente. Viele Lohnabhängige erhalten keine oder nur eine mickrige BVG-Rente, weil sie wenig verdienen.

Ursache für die Krise ist das System: Denn das BVG basiert darauf, mit dem Geld der Versicherten im internationalen Finanzcasino und auf dem Immobilienmarkt zu spekulieren. Das ist in erster Linie für Banken und Versicherungen ein lohnendes Geschäft (siehe Artikel links). Milliarden fließen an das Aktionariat statt an die Versicherten. Ganz anders bei der AHV: Sie wird im solidarischen, stabilen und sicheren Umlageverfahren finanziert. Hier macht unser Geld keinen jahrzehntelangen teuren und riskanten Umweg über die Finanzmärkte.

Die Versicherungen und die Banken können ihre einstigen goldenen Pensionskassen-Versprechen nicht mehr halten. Sie wollen deshalb aber nicht etwa ihre Profite senken, sondern die Leistungen weiter kappen. Und die Kosten für die Lohnabhängigen und die Arbeitgeber weiter erhöhen. Dieses Ansinnen

Für noch weniger Pensionskassen-Leistung sollen die Lohnabhängigen noch mehr bezahlen.

hat zwar in der lobbygesteuerten Parlamentsmehrheit Fürsprecherinnen und Fürsprecher. Doch im Volk ist das nicht mehrheitsfähig. Die Situation im BVG ist ebenso unbefriedigend wie verfahren. Darum holte der Bundesrat 2019 die Sozialpartner ins Boot.

1. Akt: Der Kompromiss

Die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände machten sich an die Arbeit. Noch im gleichen Sommer erarbeiteten sie einen gemeinsamen Vorschlag zuhänden des Bundesrates. Der Durchbruch war eine kleine Sensation, wie SGB-Chef Pierre-Yves Maillard damals gegenüber work sagte: «Mit dem Kompromiss müssen die heutigen Rentensenkungen gestoppt werden. Das ist das Wichtigste!»

Der mit den Arbeitgebern erreichte Kompromiss ist zwar keine Gewerkschaftsvorlage, aber sie verbessert immerhin einiges für die Lohnabhängigen. Ein dauerhafter, solidarisch finanzierter Rentenzuschlag hilft, das heutige Rentenniveau zu halten, obwohl der Umwandlungssatz sofort von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt wird. Der Rentenzuschlag wird mit einem Lohnbeitrag von je 0,25 Prozent der Arbeitnehmenden und der Arbeitgeber auf allen Löhnen bis rund 850'000 Franken finanziert. Die Beiträge der Vielverdienenden sind somit höher. Die so zusammenkommende Summe wird pro Kopf an alle künftigen BVG-Rentnerinnen und -rentner ausbezahlt. Das stärkt die Renten für Menschen mit tiefen Einkommen und für Teilzeitarbeitende, insbesondere auch für Frauen. Das verankert den Solidaritätsgedanken in der zweiten Säule und verbessert das Preis-



	BVG aktuell	Das wollen Bundesrat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverband	Das will der Ständerat mit Entscheid vom 10. Dezember 2022	Das will die Nationalratskommission (SGK-N) mit Entscheid vom 3. 2. 2022
Mindestumwandlungssatz ¹	6,8%	6,0%	6,0%	6,0%
Eintrittsschwelle ²	Fr. 22'050	Fr. 22'050	Fr. 17'640	Fr. 17'640
Koordinationsabzug ³	Fr. 25'725	Fr. 12'863	15% des AHV-Einkommens	Fr. 12'863
Minimaler koordinierter Lohn ⁴	Fr. 3675	Fr. 9'188	Fr. 14'994	Fr. 4'778
Plafond Obligatorium ⁵	Fr. 88'200	Fr. 88'200	Fr. 88'200	Fr. 88'200
Eintrittsalter	25	25	25	25
Altersgutschrift ⁶ 20. – 24. Lebensjahr	0%	0%	0%	0%
Altersgutschrift 25. – 34. Lebensjahr	7%	9%	9%	9%
Altersgutschrift 35. – 44. Lebensjahr	10%	9%	9%	9%
Altersgutschrift 45. – 54. Lebensjahr	15%	14%	14%	14%
Rentenausgleich in Franken pro Monat		100–200 Franken während mindestens 15 Jahren	Voller Zuschlag wie BR für Altersguthaben bis 220'500 Franken, teilweiser Rentenzuschlag bis 441'000 Franken, darüber kein Rentenzuschlag.	Wie Ständerat
Finanzierung		Lohnbeitrag 0,5% ⁷	Lohnbeitrag 0,24%	Lohnbeitrag 0,24%

¹ Der Umwandlungssatz bestimmt, wie viel Rente es für das angesparte Kapital im Obligatorium gibt. Rechenbeispiel: 100'000 Franken Alterskapital, Umwandlungssatz 6,8 Prozent = 6800 Franken Rente im Jahr. ² Ab diesem Betrag ist man obligatorisch BVG-versichert. Lesebeispiel anhand der geltenden Regelung (Spalte BVG aktuell): Das Minimum liegt aktuell bei 22'050 Franken. Ab Erreichen dieser Schwelle werden mindestens 3675 Franken BVG-versichert. Zwischen 22'050 und 29'400 Franken liegt der versicherte Lohn jeweils bei 3675 Franken. Bei höheren Löhnen ist der Bruttjahreslohn minus dem Koordinationsabzug von 25'725 Franken versichert. ³ Der Koordinationsabzug ist der Betrag, der vom massgebenden Lohn abgezogen wird. Nach der Theorie soll verhindern, dass Lohnbestandteile der AHV-Rente doppelt versichert werden. ⁴ Der koordinierte Lohn ergibt sich aus dem Lohn (Bruttjahreslohn) minus den Koordinationsabzug. ⁵ Nur Lohnbestandteile bis zum Plafond sind obligatorisch im BVG versichert. Lohnbestandteile über diesem Betrag sind nicht mehr obligatorisch versichert, sondern im sogenannten Überobligatorium. Hier sind die Pensionskassen an keinen Mindestumwandlungssatz gebunden. ⁶ Die Lohnabzüge für die Pensionskassen bestehen aus einer Versicherungsprämie (u. a. für Invalidität, Krankheit, Tod) und einem Sparanteil, der «Altersgutschrift» genannt wird. ⁷ Der Kompromiss der Sozialpartner will die Stärkung der kleinen Renten mit einem Lohnabzug von 0,5 Prozent auf alle Löhne ermöglichen. Damit tragen Grossverdiener entsprechend ihren Möglichkeiten mehr an die Finanzierung bei.

Leistungs-Verhältnis des BVG. Ausserdem schlagen die Sozialpartner vor, den sogenannten Koordinationsabzug zu halbieren. Damit trägt ein grösserer Lohnanteil zum Aufbau der BVG-Rente bei. Der Bundesrat schiebt den «Sozialpartner-Kompromiss» im Dezember in die Vernehmlassung.

2. Akt: Rechter Angriff

Bereits während der Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern schert der

Gewerbeverband aus. Während der Vernehmlassungsfrist, die bis zum 27. März 2021 dauert, bringen sich weitere Gegner in Stellung und präsentieren eigene Modelle. So neben dem Gewerbeverband etwa die Banken, die Detailhändler und die Baumeister. Ihre Modelle unterscheiden sich zwar – je nach ökonomischen und ideologischen Schwerpunkten der Verfassenden – in Details. Aber eines haben sie alle gemeinsam: Sie sind gegen die Interessen der unteren und mittleren Einkommen gerichtet. Und sie zementieren die

Benachteiligung der Frauen (work berichtete: rebrand.ly/bvg-modelle).

3. Akt: Eile mit Weile

Die Versicherungslobby gehört seit vielen Jahrzehnten zu den stärksten in Bern. Und sie hat genug Geld, um Verwaltung und bürgerliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier in ihrem Sinn zu lenken (siehe Seite 12). Und sie tat das auch diesmal sehr effizient. Indem sie den Nationalrat und dann vor allem den Ständerat zur In-

effizienz bewegte. Und das ging so: In einem ersten Schritt verschlechterte die bürgerliche Mehrheit die bundesrätliche Vorlage an unterschiedlichen Stellen massiv. Dann schoben die Kammern das Geschäft hin und her. Der Ständerat war besonders effizient in der Ineffizienz, debattierte Haukrvorschläge bloss, um das Geschäft wieder in seine Kommission zurückzuschieben. Und torpedierte so – wohl unfreiwillig – auch die Absicht einiger bürgerlicher Strategen. Die hatten sich vorgenommen, vor der Abstimmung über die

Erhöhung des AHV-Frauenrentenalters eine nicht ganz so schlechte Version der BVG-Revision zu präsentieren, um sie dann nach der Abstimmung wieder zu verschlechtern.

Zwischenspiel mit bürgerlichen Frauen

Es war ein bizarrer Auftritt, den eine bürgerliche «Frauenallianz» um GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy am 4. Juli 2022 vor den Medien hinlegte. Den grössten Teil der Zeit brauchten die rechten Frauen dafür, aufzuzählen, wo es überall in der Schweiz mit der Gleichstellung hapert: Löhne, Renten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Beinahe den ganzen Katalog der Benachteiligungen zählten sie auf, den die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien seit Jahren anprangern. Nur um dann zu folgern: Zuerst müsse jetzt mal bei der AHV «Gleichberechtigung» erreicht werden – und

In den letzten 15 Jahren sanken die BVG-Renten real um fast 9 Prozent.

darum das Pensionsalter der Frauen erhöht, obwohl diese bereits heute 30 Prozent weniger Rente erhalten als Männer. Die Ungleichheit der Renten werde dann bei der BVG-Revision angegangen. Diese «Argumentation» war damals schon durchschaubar, dürfte aber trotzdem einen entscheidenden Beitrag zum Mini-Ja zum Rentenklau an den Frauen vom 25. September beigetragen haben. Übrigens: Nicht nur die Gewerkschaften fanden die Argumentationslinie heuchlerisch. Sie war selbst der NZZ zu durchsichtig. Diese rügte die bürgerliche «Frauenallianz» wegen deren «sehr eigenwilliger» Argumentation und verwendete einen Grossteil des Berichts dafür, die Propaganda der Rentenalter-Erhöher zu wiederholen.

4. Akt: Die Masken fallen

Nach dem Mini-Sieg am 25. September bei der AHV-Abstimmung, der nicht zuletzt wegen des bürgerlichen Versprechens der Rentenverbesserung für Frauen bei den Pensionskassen zustande gekommen ist, sagten die bürgerlichen Männer: «Ätsch!» So wie es die Gegnerinnen und Gegner der AHV 21 vorausgesagt hatten. Und die bürgerlichen Frauen wurden auffallend still. Keinen Monat nach der Abstimmung stellte die Sozialkommission des Ständerates einen neuen Vorschlag der BVG-Reform vor. Er ist noch untauglicher als der Vorschlag ein halbes Jahr zuvor. Die Eckpunkte: Der Umwandlungssatz wird dauerhaft gesenkt, aber nur während einer kurzen Übergangszeit kompensiert. Weder Arbeitgeber noch Bestverdienende beteiligen sich daran. Das bedeutet konkret: Ältere Arbeitnehmende bezahlen für ihre eigene Rentenkürzung, jüngere bezahlen mit – haben aber selbst keinen Anspruch auf Rentenerhöhungen. Nicht einmal für einen Viertel aller Versicherten soll die Senkung des Umwandlungssatzes voll kompensiert werden. Über die Hälfte der Übergangsgeneration soll leer ausgehen (siehe Tabelle).

5. Akt: Das Volk entscheidet (oder auch nicht)

Die Sozialkommission des Nationalrates hat untermessen noch ein bisschen an der ständerätlichen Fassung geschrubbt – und sie weiter verschlechtert. Es bleibt dabei: Für noch weniger Leistung sollen die Lohnabhängigen noch mehr bezahlen. Im März kommt das Geschäft in den Nationalrat. Wenn die Mehrheit dort nicht Hand bietet für eine massiv verbesserte Vorlage entlang des bundesrätlichen Vorschlages, werden die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien das Referendum ergreifen. Ausser das Geschäft scheitert bereits im Parlament. Denn vielen Pensionskassen-Lobbyisten ist sogar noch die vorliegende Abbauvorlage zu «sozial». Gut möglich also, dass ihre Vertreterinnen und Vertreter im Parlament die Revision ablehnen werden wie die Linke – wenn auch aus anderen Gründen. Die NZZ hat schon vor vielen Monaten vorgespurt, als sie zur bundesrätlichen Vorlage schrieb: «Lieber keine Revision als diese.»

FOTOS: ANDRÉ STOKK

Wackelrenten: Initiative gefloppt

Ein Initiativkomitee, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Finanzindustrie, Jungliberalen, Jung-SVPLern, dem Ex-FDP-Präsidenten Fulvio Pelli und dem GLP-Mitgründer und notorischen Sozialversicherungshasser Thomas Weibel, hatte eine Initiative lanciert, die die Altersrenten wackeln lassen wollte. Also auch laufende Renten kürzen, wenn



ÜBERZEUGTE NICHT: Eine Initiative für schlechtere Renten wollten nur wenige unterschreiben. FOTO: PD

das Finanzcasino wieder mal crasht. Das wäre ein Traum für Banken und Versicherungen gewesen: risikolos noch mehr kassieren für noch weniger Leistung und Milliarden einsacken auf Kosten der Lohnabhängigen und der Rentnerinnen und Rentner.

Im Minimum 100 000 Unterschriften hätte das Initiativkomitee sammeln müssen, damit die Vorlage an die Urne kommt. Doch trotz wohlwollender medialer Begleitung durch die vereinigten Aargauer und Zürcher Zentralredaktionen kamen nicht annähernd genügend Unterschriften zusammen. Am 6. Februar mussten die Initiantinnen und Initianten ihr Scheitern zugeben. Am 7. März wäre die Sammelfrist abgelaufen. (cs)

BVG-Anlagepolitik: Schädlich fürs Klima

Die schlechten Leistungen fürs einbezahlte Geld sind nicht das einzige Problem der Pensionskassen. Denn die Lohnabhängigen haben kaum Einfluss darauf, wie ihr Alterskapital angelegt wird. Darauf machen Hilfswerke und NGO immer wieder aufmerksam. Aktuell sind Schweizer Pensionskassen mit über



PENSIONSKASSEN HOLZEN MIT: Protest gegen die umweltschädlichen PK-Investitionen. FOTO: GREENPEACE

60 Milliarden Franken an Unternehmen beteiligt, die für die Abholzung von tropischen Wäldern besonders verantwortlich sind. Ohne sich als Aktionärinnen gegen diese klimaschädliche Praxis zu engagieren und die Waldvernichtung zu stoppen. Das zeigt ein aktueller Bericht von Greenpeace Schweiz. Und bietet neben vielen erschreckenden Zahlen auch einen Service für die Versicherten. Sie können sich mit einem Musterbrief an ihre Vorsorgeeinrichtung wenden und sich nach deren Investitionsgebaren erkundigen: rebrand.ly/pk-klimabrief. (cs)

Über 100 Jahre Kampf um eine soziale Altersvorsorge

BVG: «Einer der grössten kapitalistischen Schachzüge!»

Für das Kapital ist das Pensionskassenwesen eine über hundertjährige Erfolgsgeschichte. Auch, weil sich in den 1970er Jahren die Gewerkschaften über den Tisch ziehen liessen. Ein historischer Rückblick.

CLEMENS STUDER

«Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie, fortzeugend, immer Böses muss gebären.» Das lässt der deutsche Dichter Friedrich Schiller in seinem Drama «Wallenstein» den italienischen Kriegsherrn Octavio Piccolomini sagen. Das Stück spielt im Dreissigjährigen Krieg. Die Auseinandersetzungen um die Altersvorsorge in der Schweiz dauern schon mehr als drei Mal so lange. Ihr Fluch ist der Kampf der Finanzindustrie gegen eine starke AHV.

VON ANFANG AN

Pensionskassen gibt es länger als die AHV. Und sie waren schon immer ein gutes Geschäft für die Versicherer. Weil sie an «billiges» Geld kamen, weil sie kaum reguliert waren – und weil sie in erster Linie für die Besserverdienenden geplant waren.

Eine der Hauptforderungen des Landesstreiks 1918 war die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung. Bereits in

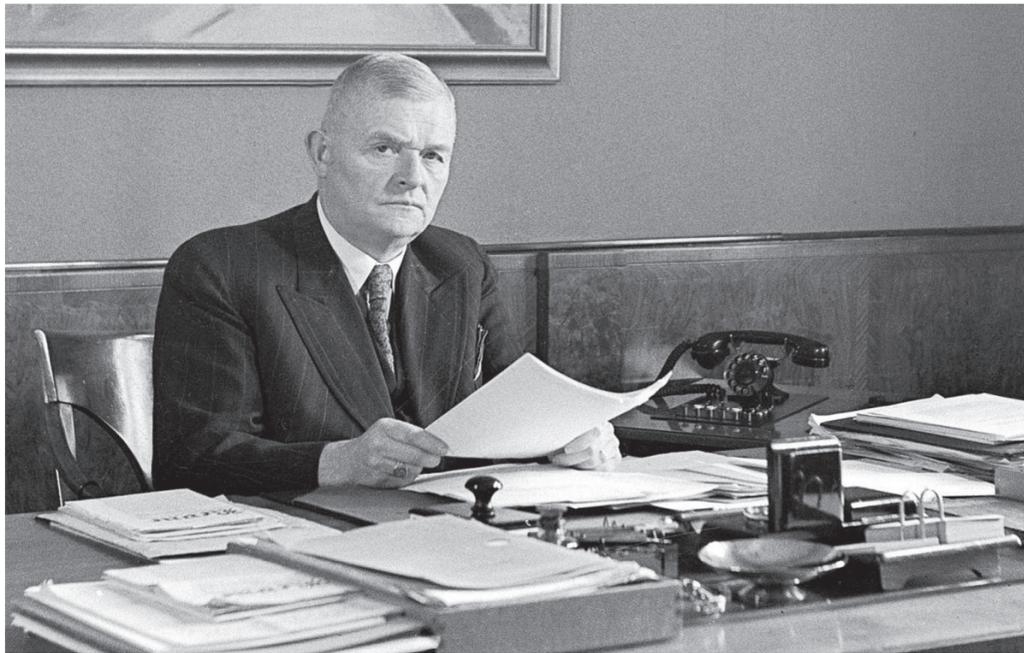
Die Versicherer setzten alles daran, die AHV möglichst gering zu halten.

den 1920er Jahren erkundigte sich der Bundesrat bei den Lebensversicherungen, ob sie daran interessiert wären, eine Basisrentenversicherung zu verwalten. Sie wollten nicht. Zu wenig rentabel. Lieber wollten sie die berufliche und individuelle Vorsorge forcieren. Hier machten und machen sie bis heute Profit. Ihre Strategie: die AHV möglichst klein zu halten. Denn eine schwache AHV ist ein Booster für die Profite der Finanzindustrie und ihres Aktionariats, eine starke AHV schränkt dagegen die Geschäfte der Versicherungen ein.

DIE VERSICHERUNGSSTRATEGIE

Nach dem Landesstreik dämmerte es den Versicherungen, dass die Verhinderung einer staatlichen Rentenversicherung nicht mehr opportun war. Schliesslich stand die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung seit 1925 in der Verfassung. Und so legten sie das Schwergewicht ihrer Lobbyaktivitäten darauf, eine AHV möglichst klein zu halten. Und sich ihr Geschäft gleichzeitig mit Steuererlösen vergolden zu lassen.

1944 schrieb die «Schweizerische Versicherungszeitschrift»: «Wir glauben nicht, dass die Einführung einer Altersversicherung dem Interesse der Lebensversicherungsgesellschaften schadet. Im Gegenteil, wenn die Gesellschaften mit psychologischer Klugheit vorgehen, wird die AHV zu einem Propagandainstrument:



EIN MANN DER VERSICHERER: Unter FDP-Bundesrat Walther Stampfli wurde in den 1940er Jahren die AHV ausgearbeitet – mit einer Minimalrente. Ganz im Sinne der Pensionskassenlobby. FOTO: KEYSTONE

Sie vermittelt dem Volk den Sinn für Versicherung. Wenn die Leute wissen, dass sie eine kleine Altersrente erhalten werden, möchten sie diese Pension ausreichend machen durch Abschluss einer Zusatzversicherung zur Altersversicherung, welche die Lebensversicherungsgesellschaften eigens dafür schaffen werden.» Die Wortwahl tönt nach der alten Zeit, aus der das Zitat stammt, der Inhalt aber ist hochaktuell und noch heute gültig für die Strategie der Finanzindustrie.

DURCHBRUCH 1947

Nach dem Zweiten Weltkrieg führten die Nachbarländer Zug um Zug umfassende Rentenversicherungen ein. Diese Bewegung für mehr soziale Sicherheit in Europa war eine Vorsichtsmass-



IKONISCH: Das Plakat zur AHV-Abstimmung des Künstlers Hans Erni (1947). BILD: SGB

nahme des Kapitals. Weil in den 1940er Jahren eine sozialistische Gesellschaftsalternative noch möglich schien, wollten die Kapitaleigner zeigen, dass der Kapitalismus reformfähig sei und sich auch der sozialen Frage annehmen könne.

Motto: «Dann doch lieber noch Sozialstaat als Sozialismus.» In der Schweiz wurde die AHV 1947 vom Volk angenommen. Am 1. Januar 1948 trat sie in Kraft. Die Minimalrente betrug 40 Franken. Damals wie heute reichte die AHV-Minimalrente bei weitem nicht zum Leben. Ganz im Sinn der Versicherungslobby – und wenig überraschend. Denn der federführende Bundesrat Walther Stampfli (FDP) war einer der ihren. In den 1920er Jahren sass er als Vertreter der Von-Roll'schen Eisenwerke im Vorstand des Pensionskassenverbandes. Im Bundesrat vertrat er dann eine AHV-Ausgestaltung im Sinne der Versicherungen. Konkret: Die AHV-Renten mussten minimal bleiben, um die Pensionskassen nicht zu konkurrenzieren. Und gleichzeitig blieben die Pensionskassen bis zur Einführung des

BVG-Obligatoriums 1985 quasi unreguliert.

LINKER FEHLER

In den 1960er Jahren wurden die Diskussionen um die Ausgestaltung der Altersvorsorge wiederum intensiver. Auch jetzt ging es darum, welches System den Lohnabhängigen am besten nützt. Die Drei-Säulen-Doktrin entstand – wesentlich formuliert von Versicherungen und Banken. Die erste Säule ist die AHV. Die zweite Säule sind die Pensionskassen. Die dritte Säule ist die sogenannte private Vorsorge, die von den Steuern abgezogen werden kann.

Diesem System setzte die Partei der Arbeit (PdA) ihre Initiative für eine Volkspension («Super-AHV») entgegen. Diese wollte statt der zweiten Säule die solidarisch finanzierte AHV ausbauen. Sie scheiterte, und das Drei-Säulen-Modell wurde angenommen.

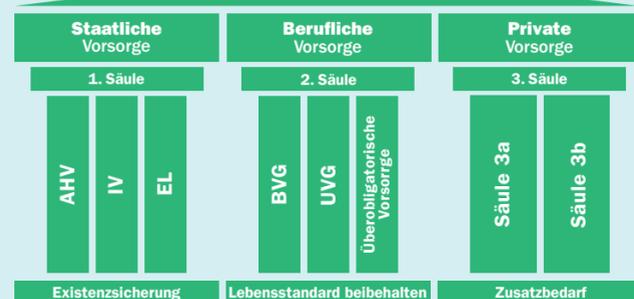
Mitverantwortlich dafür sind auch die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei. Sie liessen sich von den Verheissungen der Finanzindustrie blenden – und lehnten die Volkspension ab. Ex-Bundesrätin und Gewerkschafterin Ruth Dreifuss räumte dies in dem im letzten Herbst ausgestrahlten und sehenswerten SRF-Dokumentar-

film «Das Protokoll – die unbekannteste Geschichte der zweiten Säule» von Pietro Boschetti und Claudio Tonetti selbstkritisch ein (nachzuschauen hier rebrand.ly/bvg-dok). Dreifuss bringt es mit einem prägnanten Satz auf den Punkt: «Der Fehler war, eine Sozialversicherung einfach Privaten zu überlassen.»

SCHACHZUG MIT FOLGEN

Die Ablehnung der Volkspension führte dazu, dass faktisch der Ausbau der AHV blockiert wurde. Denn die rechten Parteien, die Wirtschaftsverbände und die Finanzindustrie behaupten seither immer: Die Verbesserung der Situation der (künftigen) Rentnerinnen und Rentner müsse bei den Pensionskassen ansetzen, nicht bei der AHV. Und so füllen sie weiter ihre Taschen und zahlen für immer höhere Beiträge immer weniger Renten. Seit 1985, als das BVG-Obligatorium in Kraft trat, dreister denn je. Der emeritierte Geschichtswissenschaftler Hans Ulrich Jost nennt denn auch die Einführung des Drei-Säulen-Modells «einen der grössten kapitalistischen Schachzüge». Alle, die ihren Pensionskassenausweis anschauen und die BVG-Abzüge auf ihren Lohnabrechnungen, wissen, wie recht er hat.

Altersvorsorge: Das 3-Säulen-System



Die Schweiz hat ein sogenanntes Dreisäulensystem zur Altersvorsorge. Die erste Säule ist die AHV. Sie ist im soliden Umlageverfahren finanziert. Die zweite Säule sind die Pensionskassen. Sie bröckelt seit Jahren. Die dritte Säule ist die sogenannte private Vorsorge, die von den Steuern abgezogen werden kann. Aber die sind nur für Sehgut- bis Bestverdienende rentabel (siehe dazu auch Seiten 14 und 15). (cs)

Der neue «Atlas der Migration» bringt erschreckende Fakten ans Licht Wie viele Flüchtlinge sind schon in der Sahara verdurstet?

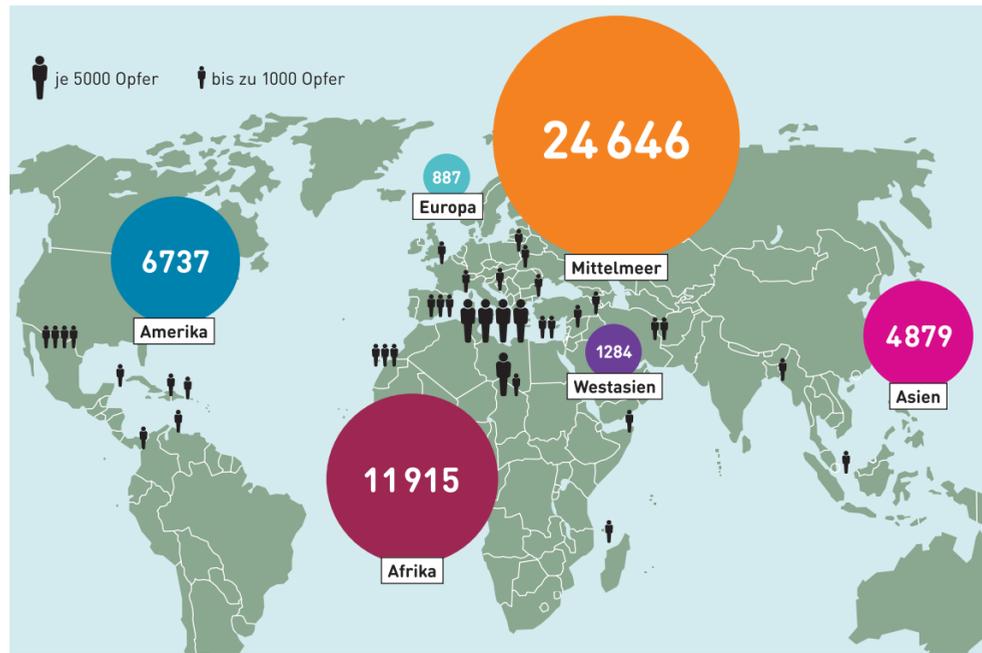
Den Reichen stehen alle Grenzen offen. Arme Migrierende hingegen treffen auf Zäune, Grenzpolizei und Tod.

RALPH HUG

Den Blick auf die Migration verändern: Das will der neue «Atlas der Migration» der Rosa-Luxemburg-Stiftung, einer wichtigen Institution der Linken im deutschsprachigen Raum. Der Atlas wurde soeben neu erstellt und erweitert. Wer Migration und Menschen auf der Flucht über bloss Schlagworte hinaus verstehen will, ist mit diesem handlichen Kompendium bestens bedient. Mehr noch: Es öffnet die Augen für eine Realität, die wie keine andere politisch verzerrt und missbraucht wird. Zum Schaden der Betroffenen.

32 MILLIONEN VERLIESSEN EUROPA

Viele Grafiken lassen komplizierte Sachverhalte sofort klar werden: So stellt der Atlas klar, dass jede moderne Nation das Ergebnis von wandernden Menschen ist. Ohne Mobilität gäbe es uns nicht. Überraschend: Historisch gesehen kommen nicht etwa aus Afrika die meisten Migrantinnen und Migranten. Sondern aus Europa. 32 Millionen wanderten von 1620 bis 1914 nach Amerika aus. Und am zweitmeisten Menschen – nämlich 22 Millionen in nur hundert Jahren, von 1820 bis 1914 – verliessen China in Richtung Südostasien. Dennoch ist heute die Zahl der Menschen, die ihr Heimatland verlassen, so hoch wie noch nie. Im Jahr 2020 waren es gemäss der Uno 281 Millionen. Nur: Gemessen an der Weltbevölkerung ist diese Zahl immer noch klein. Niemand verlässt sein Zuhause grundlos oder freiwillig. Und oft geht vergessen, dass die Binnenwanderung immer noch die grösste Migra-



TÖDLICHE ABSCHOTTUNG: Der Migrationsatlas zeigt, wie viele Geflüchtete seit 2014 auf den Migrationsrouten weltweit verschwunden sind. Im Mittelmeer forderte das brutale EU-Grenzregime fast 25 000 Menschenleben.

tionsbewegung ist. 2020 sind alleine in China 286 Millionen Menschen aus ländlichen Gegenden in die prosperierenden Städte gezogen – auf der Suche nach einem Job und einem besseren Leben.

FESTUNG EUROPA

Es ist wahr, dass die Schweiz weltweit zu den Ländern mit einem hohen Migrationsanteil von über 25 Prozent zählt. Dafür ist aber auch unser Wohlstand gross, den wir wiederum auch den Migrantinnen und Migranten, insbesondere aus Südeuropa, zu verdanken haben. Noch höhere Anteile an Eingewanderten haben aber arabische Länder wie die Emirate am Golf. Dort stösst eine grosse migrantische Arbeiterschicht auf eine einheimische, reiche Minderheit. work hat dies in zahlreichen Artikeln über Katar und die Fussball-WM-Bauten beleuchtet (workzeitung.ch/katar). Wenn es um die Aufnahme von Kriegsgeflüchteten geht, laufen Länder wie Jordanien, Libanon oder die Türkei den europäischen Staaten allemal den Rang ab. Millionen leben dort, meist in desolaten Zeltstädten und ohne Aussicht auf eine baldige Rückkehr in die Heimat.

Deutlich prangert der Atlas die tödliche Abschottungspolitik der EU an. Von 2014 bis 2022 kamen im Mittelmeer fast 25 000 Menschen ums Leben, da ihnen kein anderer Weg offen bleibt,

schreibt die Uno. Noch weit mehr – Schätzungen sagen das Doppelte – überleben den Weg aus dem Innern Afrikas durch die Sahara zur Mittelmeerküste nicht. Die Grenzschutzbehörde Frontex baut die Festung Europa immer weiter aus. Sie ist die am stärksten wachsende EU-Behörde, verbraucht inzwischen jährlich 754 Millionen Euro und dehnt ihre Abschreckung weit über Europas Grenzen hinaus. In Nigeria, dem bevölkerungsreichsten Land Afrikas, baut sie beispielsweise eine spezialisierte Polizeitruppe auf, die verhindern soll, dass überhaupt Menschen nach Norden aufbrechen.

Haben Arme kaum mehr Chancen auf grenzüberschreitende Mobilität, stehen dagegen Vermögenden alle Grenzen offen. Sie können «goldene» Pässe oder Visa kaufen. Zypern und Malta stehen an der Spitze der Länder, die mit solchen fragwürdigen Genehmigungen für Reiche Kasse machen. Aber auch in Österreich oder Lettland gibt's Aufenthaltserlaubnisse nach Mass – wenn man ein paar Hunderttausender auf den Tisch legen kann. Eine Welt ohne Grenzen existiert nur für die reiche Elite. Für die andern ist die Grenzpolizei zuständig.

Atlas der Migration. Neue Daten und Fakten über Menschen in Bewegung. Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Neuauflage November 2022. Gratis-Download auf rosalux.de.

Interaktive Karten So tickt die Schweiz

Wussten Sie, dass die Tessinerinnen von allen Schweizerinnen am spätesten heiraten – nämlich im Schnitt erst mit 31? Hätten Sie gedacht, dass im Kanton Neuenburg fast die Hälfte der Leute keiner Religion angehören? War Ihnen bewusst, dass im Schwyzer Kantonsparlament der Frauenanteil seit 2011 stetig sinkt? Nur noch 11 Prozent sind dort Frauen, der mit Abstand tiefste Wert im Land. Und wer hätte gedacht, dass prompt der Aargau den bisher höchsten Parlamentarierinnenanteil hatte? Nämlich 36,4 Prozent von 2017 bis 2020. All das zeigen die hervorragenden Online-Landkarten des Bundesamts für Statistik (BFS). Sie funktionieren interaktiv, zeigen die Daten Ihrer Wahl geographisch zugeordnet und im historischen Verlauf. Erfasst ist fast alles, was das BFS misst, inklusive Betäubungsmittelkriminalitätsraten und Spitex-Mitarbeitenden-Dichte. Egal ob Sie Landesexpertin oder Schweiz-Anfänger sind: nutzen Sie diesen Service, Sie werden staunen!

Alle statistischen Atlanten online unter atlas.bfs.admin.ch.

Fabrikbesetzung Autoarbeiter for Future

Die Hiobsbotschaft verkündete der britische Autozulieferer GKN im Juli 2021 per Mail: Entlassung aller Arbeiterinnen und Arbeiter am Standort in Campi Bisenzio bei Florenz. So einfach liessen sich die über 400 Betroffenen nicht abservieren, sondern versammelten sich sofort vor dem Werk, verscheuchten die Sicherheitsleute der Geschäftsführung und besetzten die Fabrik. Seither halten sie dort eine «unbefristete Betriebsversammlung» ab. Die lokale Bevölkerung solidari-



GKN-Arbeiter-Protest in Florenz. FOTO: ZVG

siert sich, 30000 demonstrierten in Florenz für die Fabrikhaltung! Denn die Belegschaft hat Pläne: Sie will das Werk für eine klimafreundliche Produktion umnutzen. Wie, zeigt jetzt ein Kurzdokument des deutschen Onlinekanals Labournet.tv.

Insorgiamo! Das Fabrikkollektiv GKN, Deutschland 2022, 24 Minuten, italienisch mit deutschen Untertiteln: rebrand.ly/fabrikkollektivGKN.

Online-Veranstaltung Ein Jahr Ukraine-Krieg

Am Jahrestag des russischen Einmarschs in die Ukraine organisiert der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) eine digitale Solidaritätsveranstaltung für das angegriffene Land und seine Gewerkschaften. In Onlinevorträgen berichten Ukrainerinnen und Ukrainer über die Situation vor Ort. Danach wird debattiert: Was bedeutet der Krieg für die ukrainischen Lohnabhängigen und die Wirtschaft? Womit haben die ukrainischen Gewerkschaften zu kämpfen? Und was muss die internationale Gewerkschaftsbewegung tun? Die Veranstaltung wird ins Englische, Französische, Russische, Spanische und Ukrainische übersetzt.

Ukraine-Solidarität-Event: 24. Februar, 12.30 bis 14 Uhr. Teilnehmen und vorab anmelden unter: rebrand.ly/solievent.

MIGRATION: SCHÄNDLICHE SCHWEIZ

Über die unwürdige Schweizer Migrationspolitik hat work in der letzten Ausgabe berichtet. Die Artikel können Sie online nachlesen:

- Chaos im Wallis: Paragraphen-Wirrwarr im Migrationsamt. rebrand.ly/chaos-pur
- Saisonierstatut: 50000 Kinder mussten sich verstecken, Catia Porri (72) war eines davon. rebrand.ly/versteckte-kinder
- Aktion Viertel: Eine Initiative fordert mehr politische Mitbestimmung für Migrantinnen und Migranten. rebrand.ly/demokratie-initiative
- Status F: Was früher das Saisonierstatut, ist heute das Bürokratiemonster Status F. rebrand.ly/dauerprovisorium

workxl der wirtschaft

Hans Baumann



DIE ZINSPOLITIK DER SNB BEFEUERT DIE WOHNUNGSNOT

Als Reaktion auf die steigende Teuerung hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) im letzten Dezember den Leitzins nochmals um 0,5 Prozent auf 1 Prozent erhöht. Sie folgte damit der Europäischen Zentralbank und der US-Zentralbank. Die höheren Zinsen sollen helfen, die Preise zu stabilisieren. Vor allem für Personen mit tiefen und mittleren Einkommen sind die steigenden Preise ein grosses Problem. Massnahmen zur Kaufkraftrehabilitation sind deshalb zweifellos nötig.

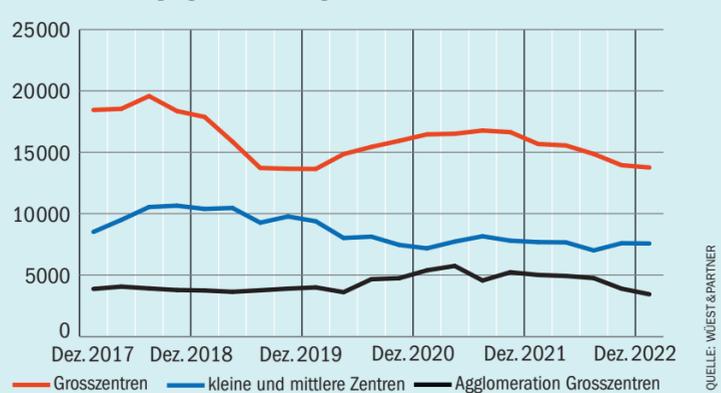
GROSSE SKEPSIS. In der Schweiz betrug die Teuerung im letzten Jahr 2,8 Prozent und war im November und Dezember 2022 rückläufig. Im Vergleich zu vielen europäischen Ländern, die immer noch mit Inflationsraten von 10 Prozent und mehr konfrontiert sind, ist das erfreulich. Hält der Trend an, sollte die Inflation in der Schweiz schon Ende Jahr wieder bei maximal 2 Prozent liegen. Das ist das Ziel der SNB. Trotzdem behält sich die Nationalbank vor, die Leitzinsen diesen Frühling nochmals zu erhöhen. Dabei

zweifeln viele Ökonomen und Ökonomen daran, ob das Schrauben an den Zinsen in der heutigen Situation überhaupt wirksam sei. Die gegenwärtige Teuerung wurde nämlich nicht durch eine zu hohe Nachfrage verursacht, sondern weil Rohstoff- und Energiekonzerne die Preise nach oben trieben. Eine Dämpfung der Nachfrage, auf die die Zinserhöhung abzielt, nützt in diesem Fall also wenig gegen die Inflation. Sie bewirkt hingegen, dass Unternehmen weniger investieren und auch weniger gebaut wird.

MIETEN STEIGEN. Deshalb ist die Zinserhöhung auch für Mieterinnen und Mieter eine schlechte Nachricht. Denn steigende Hypothekenzinsen führen zu steigenden Mieten. Und weil der Wohnungsleerstand schon heute sehr tief ist, wird es für viele Menschen immer schwieriger, ein bezahlbares Zuhause zu finden. Die Zahlen zeigen: Der Wohnungsbau ist seit einigen Jahren rückläufig, insbesondere in den Grossstädten und den Agglos, wo die Wohnungsnot

Rückläufiger Wohnungsbau

Anzahl Baubewilligungen für Wohnungen und Einfamilienhäuser seit Ende 2017



gross ist und mehr Wohnraum entstehen müsste (siehe Grafik). Es besteht die Gefahr, dass die SNB mit ihren Zinserhöhungen den Wohnungsbau jetzt noch mehr abwürgt. Im Moment wächst die Schweizer Wirtschaft noch leicht, und die Arbeitslosigkeit ist tief. Doch auch dies kann sich

durch eine verfehlte Zinspolitik schnell ändern. Dies ist Ende der 1980er Jahre passiert in einer ähnlichen Situation: Die verfehlte Geldpolitik der Nationalbank bescherte der Schweiz damals fast zehn Jahre Rezession.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.



Das offene Ohr

Regula Dick von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

WC am Arbeitsplatz: Muss ich eine öffentliche Toilette benutzen?

Ich gebe jeweils vier Mal pro Woche vierstündige Töpferkurse. Einschliesslich der Vor- und Nachbereitungszeit, zu der auch das Brennen der Tongegenstände gehört, bin ich jeweils etwa 6 Stunden bei der Arbeit. Im Gebäude, in dem ich die Kurse anbiete, müssen die sanitären Anlagen renoviert werden. Das wird etwa zwei Wochen dauern. Nun wurden vier Kursleiterinnen und -leiter informiert, dass uns während dieser Zeit keine Toiletten zur Verfügung gestellt werden könnten. Wir sollten die öffentliche Toilette im nahe gelegenen Bahnhof benutzen. Und dorthin zu gehen, brauchen wir aber jedesmal rund 5 Minuten, und gratis ist das WC auch nicht. Frauen zahlen dort 2 Franken. Darf unser Arbeitgeber so vorgehen?

REGULA DICK: Nein, Ihr Arbeitgeber ist verpflichtet, Ihnen eine Toilette zur Verfügung stellen, die sie gratis benutzen können. Dies hat der Gesetzgeber in einer Verordnung zum Arbeitsgesetz (Art. 32 ArGV 3) ausdrücklich festgehalten.



KLARE SACHE: Bei der Arbeit muss ein Gratis-WC vorhanden sein. Dafür muss der Chef sorgen. FOTO: ZVG

ten. Er muss somit dafür sorgen, dass Sie Zugang zu einer kostenlosen Toilette haben, die Sie auch in angemessener Zeit erreichen. Beispielsweise, indem er eine mobile Toilette zur Verfügung stellt oder Ihnen je nachdem ermöglicht, die Toiletten in einem umliegenden Gebäude zu nutzen.

Schwangerschaft: Kann mir mein Chef deswegen einfach kündigen?

Ich arbeite seit fünf Monaten mit einer 40-Prozent-Anstellung als Verkäuferin in einem Detailhandelsgeschäft. Vor kurzem hat mir meine Ärztin bestätigt, dass ich im zweiten Monat schwanger bin. Ich bekomme mein zweites Kind und freue mich sehr! Mein Chef war von dieser Nachricht allerdings weniger erfreut. Er hat mir mitgeteilt, ich befände mich noch in der Probezeit und er werde mich kündigen müssen. Er könne sich nicht schon wieder Abwesenheitszeiten aufgrund einer Schwangerschaft leisten. Und weil ich nur 40 Prozent arbeite, sei meine Probezeit eben länger als sonst, nämlich 7,5 statt 3 Monate. Stimmt das?

REGULA DICK: Nein, bei einer Teilzeitanstellung verlängert sich die Dauer der Probezeit nicht. Da sie vertraglich drei Monate vereinbart hatten, endete die Probezeit nach Ablauf von drei Monaten. Ausserhalb der Probezeit kann man Ihnen während der gesamten Dauer der Schwangerschaft und bis 16 Wochen nach der Geburt des Kindes nicht kündigen. Wenn Sie sich noch in der Probezeit befänden, wäre eine Kündigung wegen Ihrer Schwangerschaft zwar gültig, jedoch missbräuchlich. Das Gleichstellungsgesetz (GlG) verbietet es nämlich, eine Person aufgrund ihres Geschlechts zu diskriminieren. Das wäre bei einer Entlassung wegen Schwangerschaft eindeutig der Fall. Ihr Chef würde gegen geltendes Recht verstoßen, und Sie hätten laut Gesetz Anspruch auf eine Entschädigung.

Kaufkraftverlust auf dem Sparkonto – taugen Wertpapiere als Alternative?

Ertrag mit Risiken und Nebenwirkungen

Wer zurzeit Geld auf dem Konto hat, zahlt drauf. Da scheinen andere Anlagen attraktiver. Gleichzeitig sind ihre Kosten und Risiken höher. work zeigt Unterschiede auf und wie sich Geldanlagen mit Wertvorstellungen verbinden lassen.

MARTIN JAKOB

Machen wir mal eine Milchbüchlirechnung. Am 1. Januar 2022 hatten Sie zum Beispiel 20000 Franken auf Ihrem Sparkonto. Ende Jahr erhielten Sie einen Jahreszins von 20 Franken (0,1 Prozent). Die Inflation von 2022 frass aber 2,9 Prozent vom Vermögenswert weg. Macht 580 Franken. An der Kaufkraft gemessen, ist Ihr Sparbatzen also heute weniger wert. Das Sparen hat sich nicht gelohnt – und das wird höchstwahrscheinlich dieses Jahr so bleiben.

Natürlich ist das Sparkonto noch immer die bessere Idee, als Bargeld zu Hause aufzubewahren. Hätten Sie zum Beispiel im Jahr 2000 einen Betrag von 20000 Franken unter die Matratze gelegt, wären bis Ende 2022 über 12 Prozent durch die Inflation vernichtet worden. Mit dem

Auf lange Sicht bieten Sparguthaben keinen oder nur einen minimalen Wertzuwachs.

Sparkonto sieht's besser aus: Hätten Sie die 20000 Franken – ebenfalls vor 22 Jahren – aufs Sparkonto eingezahlt und seither nicht mehr angerührt, läge der Kontostand per Ende 2022 kaufkraftbereinigt bei etwa 19500 Franken. Verlust knapp 2,5 Prozent.

SPAREN BLEIBT DIE BASIS

Über eine lange Frist bieten Sparguthaben tatsächlich keinen oder je nach Zeitabschnitt nur einen minimalen Wertzuwachs. Das hat das Finanzportal [moneyland.ch](https://www.moneyland.ch) in einer Studie errechnet, die bis ins Jahr 1933 zurückreicht. Immerhin sind die Guthaben keinen Kursschwankungen unterworfen, und sie sind bis 100000 Franken pro Kundin gegen eine Bankinsolvenz abgesichert. Das Sparkonto

bleibt deshalb für den Notgroschen und fürs Ansparen von grösseren Anschaffungen eine gute Wahl.

Falls Sie den Sparbatzen eh für die Kinder auf die Seite legen wollen, können Sie dafür ein Geschenkkonto einrichten – da erhalten Sie bis zu einem gewissen Betrag einen Vorzugszins. Ebenso fällt der Zinsertrag etwas höher aus, wenn Sie im Rahmen der Vorsorge sparen – mit einem Sparkonto der Säule 3a.

AKTIEN, OBLIS, FONDS

Bekanntermassen gibt es neben dem Sparkonto einige andere Möglichkeiten, sein Geld anzulegen. In Aktien, Obligationen und Fonds zum Beispiel. Wobei Sie diese erst dann nutzen sollten, wenn Sie schon einen rechten Batzen auf dem – immer noch sichereren – Sparkonto auf der Seite haben.

Doch was sind die Unterschiede? Während Sie mit einem Sparkonto in den Geldtopf einer Bank einzahlen, füllen Sie mit Wertpapieren jenen einer öffentlichen Institution oder einer Firma (wobei die Finanzbranche natürlich auch hier mitverdient).

Die OBLIGATION. Sie leihen einen bestimmten Betrag über eine feste Laufzeit aus und erhalten dafür einen Zins. Der ist zum einen eine Entschädigung dafür, dass Sie während der Laufzeit auf Ihr Geld verzichten, zum anderen eine Risikoprämie. Denn wenn die Firma bankrottgeht, stehen Sie in der Hackordnung der Gläubiger weit hinten an. Und falls die Zinsen steigen, sinkt der Kurs börsengehandelter Obligationen – müssen Sie dann verkaufen, verlieren Sie Geld.

Die AKTIE. Mit dem Kauf einer Aktie beteiligen Sie sich direkt am Eigenkapital einer Firma. Sie haben zwei Ertragschancen: Wenn es der Firma gutgeht, zahlt sie Ih-

SCHLAUER SPAREN: Geld, das Sie ins Sparschwein werfen, verliert durch die Inflation an Wert. Mit Sparzinsen und anderen Anlageerträgen geben Sie Gegensteuer. FOTO: GETTY

WORKTIPP

ZINSLI PICKEN!

Seit die Nationalbank den Leitzins auf 1 Prozent erhöht hat, können die Schweizer Banken ihre Kredite teurer vergeben – bei der Anhebung der Sparzinsen üben sie aber vornehmste Zurückhaltung. Ein wichtiger Grund dafür: Viele Sparerinnen und Sparer bleiben ihrer Bank auch treu, wenn sie diese Zinsen bezahlt. Bei einem Sparguthaben von 20000 Franken liegt die Differenz beim Jahreszins zwischen der grosszügigsten und der geizigsten Bank aktuell bei 250 Franken. Ha oder nid ha! Den aktuellen Vergleich finden Sie hier: rebrand.ly/moneyland.

nen eine Dividende als Gewinnanteil. Ist der Titel an der Börse gefragt ist, steigt der Aktienkurs – und damit der Wert Ihrer Beteiligung. Sie tragen aber auch Risiken: Geht es der Firma schlecht, zahlt sie weniger oder keine Dividende, und der Aktienkurs fällt. Im Konkursfall kann es auch mal zum Totalverlust kommen.

Der FONDS. Statt einzelner Obligationen oder Aktien kaufen Sie sich mit dem Fondsanteil in einen Korb von Titeln ein. Die einen Körbe enthalten nur Aktien, andere nur Obligationen oder eine Mischung aus beiden Anlageformen. Manche Fonds investieren in geographisch begrenzte Räume (zum Beispiel «Aktien Europa»), andere in gewisse Branchen («Pharma global»).



Zu unterscheiden sind passiv und aktiv gemanagte Fonds: Passive Fonds bilden einen Börsenindex nach, und ihre Kurse entwickeln sich in etwa gleich wie der gewählte Index. Aktiv gemanagte Fonds versuchen, mit ihren Investitionen besser abzuschneiden als der Durchschnitt – was manchmal gut geht, manchmal nicht.

CHANCEN, RISIKEN, KOSTEN

Wer das finanzielle Polster für Wertpapiere aufbringen kann, kommt im langjährigen Schnitt besser weg als mit dem Sparkonto. Zumindest war das in den vergangenen 100 Jahren so: Bei Schweizer Obligationen lag die jährliche Rendite seit 1926 nach Berechnung der Bank Pictet im Mittel bei 4,1 Prozent, bei Aktien erreichte sie 8,1 Prozent. Doch was für den langfristigen Durchschnitt gilt, gilt nicht für einzelne Titel oder einzelne Zeitabschnitte! Auf die falschen Titel zu setzen kann so

schmerzliche Verluste erzeugen wie ein Kauf im Kurshoch, dem ein Verkauf in der Baisse folgt.

Wer Wertpapiere hält, muss auch einige Kosten einkalkulieren. Kauf und Verkauf kosten Abgaben, ebenso ist für die Aufbewahrung und das jährliche Wertschriftenverzeichnis eine Depotgebühr fällig. Bei den Fonds kommen Verwaltungskosten hinzu; sie betragen bei passiv gemanagten Fonds rund ein halbes Prozent des Fondswerts, bei aktiv gemanagten das Doppelte – oder mehr.

SCHRITT FÜR SCHRITT

1. Investieren Sie erst Geld in Wertpapiere, wenn auf dem Sparkonto mindestens drei bis sechs Monatslöhne liegen.
2. Investieren Sie nur Geld, auf das Sie in den nächsten fünf oder mehr Jahren nicht zurückgreifen müssen.
3. Investieren Sie nicht alles auf Mal, so gleichen Sie das kurzfris-

tige Auf und Ab der Börse besser aus. Eine gute Option ist das Fondssparen mit monatlichen Einzahlungen, das ist auch in der steuerlich privilegierten Säule 3a möglich.

4. Erkundigen Sie sich bei der Bank Ihrer Wahl genau nach den Kosten einer Anlage, insbesondere nach den Gebühren bei Kauf und Verkauf sowie den jährlichen Verwaltungskosten von Fonds.
5. Fonds bieten Ihnen schon bei geringen Anlagebeträgen eine gute Risikostreuung. Wenn Sie auf einzelne Aktien oder Obligationen setzen, sollten Sie genau verstehen, was diese Firma macht. Um Ihren Bestand zu verwalten, heisst das dann: Sie brauchen Zeit und Know-how. Berechnen Sie dies ein, wenn Sie Ihre Sparoptionen (Sparkonto oder Wertschriften) gegeneinander abwägen.
6. Stimmen Sie Ihre Anlagen auf Ihre ethische und moralische Haltung ab (siehe Text rechts).

GELD UND ETHIK

NACHHALTIG ANLEGEN

Finden Sie, Aktien zu besitzen sei pfui? Nun, dann sollten Sie wissen: Sie sind schon Aktionärin oder Aktionär – ob Sie das wollen oder nicht. Die Schweizer Pensionskassen bunkerten Ende 2021 Aktiven von 1,16 Milliarden Franken. Davon waren 366 Milliarden in Aktien angelegt. Auch die Unia hält Aktien: «Der börsenkotierte Bestand liegt aber unter 5 Prozent des Vermögens», sagt Finanzchef und GL-Mitglied Martin Tanner: «Investitionen in Rohstoffe, Nahrungsmittel, Kryptowährungen und andere kritische Kategorien sind aber klar ausgeschlossen, und es besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Stiftung Ethos.»

GREENWASHING.

Vermögen anders einzusetzen als es der Bank zu ihren Zwecken zu überlassen, ist nicht von vornherein unehrenhaft. Bringen Sie Ihre Geldanlage aber in Übereinstimmung mit Ihren Werten und Haltungen. Etwa, indem Sie wie die Unia gewisse Branchen oder Firmen ganz ausschliessen. Indem Sie nur Fonds auswählen, die bei ihren Anlagen möglichst auf Nachhaltigkeit setzen – und dafür Belege vorweisen können. Denn manche Fonds tragen ein grünes Mäntelchen, ohne die Kriterien wirklich zu erfüllen. Oder indem Sie in einen Fonds investieren, aus dem zum Beispiel Mikrokredite für Kleinunternehmer im globalen Süden finanziert werden. Die NGO Greenpeace verfolgt die Anlagenszene mit scharfen Augen und hat einen wertvollen Wegweiser für die nachhaltige Geldanlage herausgegeben. Sie können ihn gratis herunterladen: rebrand.ly/nachhaltig-anlegen. (jk)

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



ABER SICHER: Die Halterungen müssen einen festen Sitz des Handys garantieren. FOTO: ADOBE STOCK

Sicher und gut sichtbar: Die besten Handyhalter

Wer beim Autofahren eine Navigations-App auf dem Handy verwendet, sollte das Gerät gut sichtbar und sicher befestigen. Saldo hat getestet, welche Systeme sich dafür am besten eignen. Gut schnitt der **Gravity Air Vent Holder** der Marke Isy ab (erhältlich für Fr. 7.– bei Mediamarkt). Diese Halterung können Sie ganz einfach in den Lüftungsschlitze stecken. Ihr Handy klemmt sich dann dort durch sein Eigengewicht fest. Es sitzt stabil, lässt sich aber mit einer Hand problemlos einsetzen und entfernen. Ein Nachteil: Das Handy lässt sich bei dieser Halterung nur hochkant verwenden.

Ebenfalls gut war der **Windshield Wizard** von Vivanco (gibt's für Fr. 29.90 bei Fust). Die Halterung haftet mit einem Saugnapf an der Windschutzscheibe, und das Handy wird von einem Magneten gehalten. Es sitzt damit fest und stabil und lässt sich ebenfalls leicht entfernen. Gut zu wissen: Damit die Halterung funktioniert, müssen Sie eine Metallplatte auf die Rückseite des Handys kleben oder unter die Handyhülle legen.

Die einfachste Halterung mit guten Eigenschaften kostet nur 7 Franken.

Der **Cradle In-Car Holder for Window/Dash** von Ploss (für Fr. 29.95 bei Interdiscount) wird ebenfalls mit einem Saugnapf an der Scheibe befestigt. Das Handy klemmen Sie in der Halterung fest. Eine Metallplatte ist nicht nötig. Einziger Nachteil: Der Saugnapf liess sich im Test nur mit Werkzeug von der Windschutzscheibe entfernen.

Eine weitere Variante ist der **Universal Holder for Dashboards** von Hama (für Fr. 31.95 bei Mediamarkt). Hier kleben Sie einen Metallknopf auf das Armaturenbrett. Das Handy hält daran magnetisch – mit einer am Handy befestigten Metallplatte. Der Vorteil: Der Metallknopf ist klein und unauffällig. Nachteil: Der Sehwinkel lässt sich nicht verändern. Zum Beispiel, wenn sich die Sonne im Display spiegelt.

MARC MAIR-NOACK

Gärtnern für Eilige: Das Ansetzen von Keimsprossen und Grünsprossen ist einfach

Nährstoffperlen aus dem Glas



UNKOMPLIZIERT: Manche Keime benötigen nur Wasser, manche eine feuchte Unterlage oder wie hier das Weizengras etwas Erde. FOTO: SHUTTERSTOCK

Keinen Garten? Keine Geduld? Und nicht mal einen grünen Daumen? Macht alles nichts: Das Sprossenziehen wird auch Ihnen gelingen.

MARTIN JAKOB

Kresse kennen Sie und Soya-sprossen auch. Gibt's beides in fast jedem grösseren Supermarkt. Aber: Kresse und Soya-sprossen können Sie auch selbst ziehen. Und viele Sorten mehr. Zum Beispiel Alfalfa, Radieschen, Broccoli, Randen, Rettich, Senf, Linsen oder Buchweizen zum Beispiel. Und natürlich die Mungbohnen – so heissen die Soya-sprossen in Wirklichkeit, denn die echte Soya-pflanze wäre ungenussig giftig. Um diese Sorten zu ziehen, bietet der Handel spezielle Keimtröge an. Sie können sich aber auch mit ei-

gener Ausrüstung behelfen: Nehmen Sie ein grösseres Confi- oder Einmachglas, eine luftdurchlässige Abdeckung und ein Gummiband dazu. Die Keimsaat kaufen Sie im Gartencenter oder online und achten darauf, dass es sich um ein

ergänzung. Gesund sind sie auch, denn Keimlinge und Sprossen enthalten viele Enzyme, Proteine, Vitamine und Mineralstoffe. Zudem können Sie all diese Sorten das ganze Jahr über ziehen und haben damit auch im Winter immer Ihr eigenes Grünzeug im Haus.

Mit Sprossen haben Sie übers ganze Jahr Grünzeug im Haus.

Bio-Produkt handelt. Etwa zwei Esslöffel geben Sie ins Glas, fügen deckend Wasser dazu, schliessen mit der Abdeckung und lassen das Ganze eine Nacht lang quellen. Am nächsten Tag das Wasser abschütten, ein- bis zweimal gut spülen, wieder abdecken und

danach über Kopf so ruhen lassen, dass ein Luftaustausch durch die Gaze möglich bleibt. Die zwei Spülvorgänge jeden Tag so lang durchführen, bis die Sprosse fertig gewachsen sind. Nochmals spülen, das Wasser abgessen und trocknen lassen. Die verzehrbereiten Sprosse gleich verwenden oder verschlossen in den Kühlschrank stellen. So bleiben sie bis zu zehn Tage geniessbar.

Für Grünsprosse wie Kresse, Broccoli oder Randen können Sie eine Keimchale verwenden – also ein Gefäss mit Rand, zum Beispiel den Untersetzer eines Blumenpots. Die Schale legen Sie mit Wattepad's aus, feuchten diese gut an, verteilen die Keimsaat darauf und decken sie zu, da-

mit sie nicht austrocknet. Nach etwa 10 Tagen sind die Jungpflänzchen schnittreif.

SO NICHT. Zwei Dinge aber gilt es zu beachten: Führen Sie bei der Keimung im Glas die täglichen Spülvorgänge durch und beachten Sie die weiteren Hinweise auf den Verpackungen des Saatguts. Denn Sprosse sind empfänglich für Schimmel und bieten bei ungenügender Hygiene einen guten Nährboden für Krankheitskeime. Und machen Sie einen grossen Bogen um alle Nachtschattengewächse – zum Beispiel Tomaten, Chili, Auberginen, Kartoffeln. Denn ihre Samen und unreifen Früchte enthalten das für Menschen gefährliche Gift Solanin.

STARTHILFE YOUTUBE WEISS, WIE

Inzwischen gibt's online jede Menge hilfreiche Filmit zum Sprossenziehen. Dieses hier ist gut, wenn es praktisch und pragmatisch sein soll: rebrand.ly/sprossen1. Und dieses ist gut, wenn Sie auch fürs Sprossenfach einen Guru suchen – und erst noch einen echten Schweizer Bio-Bauern: rebrand.ly/sprossen2.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät

Die Abschlussprüfung schaffen mit ADHS?

Ich bin im 3. Lehrjahr und habe im Sommer meine Abschlussprüfung. Ich habe Angst, wegen meines ADHS nicht durch die Prüfung zu kommen. Was soll ich tun?

« Einmal vorweg: Eine LAP ist eine grosse Sache, und es ist völlig normal, aufgeregt zu sein. Ich wünsche dir viel Erfolg und hoffe, du kannst deine Lehre erfolgreich abschliessen. Sofern du es noch nicht gemacht hast, rate ich dir, ärztlich feststellen zu lassen, ob du ADHS hast. Mit einer ärztlichen Bestätigung hast du nämlich Anrecht auf einen Nachteilsausgleich. Dabei bleiben die Prüfungsaufgaben unverändert, deine Prüfungssituation wird aber erleichtert. Ein Nachteilsausgleich kann

zum Beispiel sein, dass du für die Prüfung mehr Zeit und mehr Pausen erhältst. Du kannst auch verlangen, die schriftliche Prüfung in einem separaten Raum zu schreiben. Um den Nachteilsausgleich zu erhalten, musst du beim kantonalen Berufsbildungsamt ein Gesuch stellen und das ärztliche Zeugnis mitschicken. Wenn dir dabei etwas unklar ist, kannst du dich bei der Unia melden. Wir unterstützen dich gern. »



Julius Kapp, Jugendsekretär.

Hast auch du eine Frage an den Unia-Jugendsekretär? Schreib an lehre@unia.ch

workrätsel Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 2
Das Lösungswort lautete: **MINDESTLOHN**



DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Bruno Morelli, Männedorf ZH. Herzlichen Glückwunsch!

Energieverlustleistung			externer Datenspeicher	Neuigkeiten (engl.)	Bürgerwehren			heisse Getränke	zum Altertum gehörend	ital. Artikel	eh. Tennisspieler (van)		Compuertaste		Tagesabschnitt	engl. Starkbier	Vorfahr, Stammvater	Doppelkonsonant
US-New-Wave-Band								Präsidentin Unia (Vania)							Normzahl b. Golf			
Frage nach e. Ort			Schiffslinienwand		flüssiges Pflanzenfett								Sülze aus Fleischbrühe		Sinnesorgan			
Vom Arbeitgeber auszufüllen; Lohn...								Barkeeper		rein, nach Abzug		kanad. Nationalbaum						Schlimmes
					niederl. Grossstadt			Ja zum ...lohn!							Teil des Kopfes		Getränkasten	
alle ohne Ausnahme (sächl.)			Epos von Homer		Gefährt, Wagen							Pressefalschmeldungen		Steigerungswort				
diese explodieren								kleiner, biegsamer Stock		leichter Stoss, Schubs		schriftl. Notiz						
					Vorweihnachtszeit			übler Geruch						Art der Braunkohlegewinnung		ital. Tonbez. für das D		
hohe Trumpfkarte (Jass)	Mittagsruhe in Spanien		Vorn. v. Giacometti †								richterl. Verfügung		Erdzeitalter					
Differenzbetrag							schweiz. Radio- u. Fernsehges.		schweiz. Nutzfahrzeugverband		Fakultätsvorsteher				plötzlich auftretend		ausserordentlich	
				jüngste Stufe d. Trias		durch Schnee gehen							freundlich, lebenswürdig		german. Gottheit			
Vorsilbe: auseinander		Ersatzanspruch									Abk.: Touring Club Schweiz		Gartenblumen					1
Abfall bei Holzarbeiten					Abk.: Hämoglobin			auf diese Weise, derart		starke Neigung, Drang					sächl. Fürwort		Keimzelle	
Samen zum Säen		CH-Hochschule				Speisenbeigabe							Verbrecher, Delinquent					
					Online-tagebuch					"... F"- ein Leben im Dauerprovisorium								kurz für: in dem

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16,
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 24. Februar 2023

INSERAT

Rückerstattung der Solidaritätsbeiträge in der Maschinenindustrie

Alle Unia-Mitglieder, die in einer dem GAV MEM angeschlossenen Vertragsfirma beschäftigt sind, erhalten auch für das vergangene Jahr von ihrem Arbeitgeber den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» ausgehändigt. Dieser wird in den meisten Firmen der Lohnabrechnung von Januar oder Februar beigelegt.

Bei diesem Dokument handelt es sich um ein «Wertpapier», welches bestätigt, dass für das vergangene Jahr der Solidaritätsbeitrag von 60 Franken vom Lohn abgezogen wurde. Unia-Mitglieder, die während des ganzen Jahres Mitglied waren und in einer dem GAV MEM angeschlossenen Firma gearbeitet haben, erhalten je nach Höhe ihres Unia-Mitgliederbeitrags eine Rückerstattung

zwischen 200 und 305 Franken

(Wenn die Mitgliederbeiträge höher als 356 Franken sind.)

- Bei Verlust des persönlichen «Ausweises Solidaritätsbeiträge» gibt es keinen Ersatz, d.h. keine Rückerstattung mehr!
- Bitte Ausweis bis spätestens **31.12.2023** einlösen!

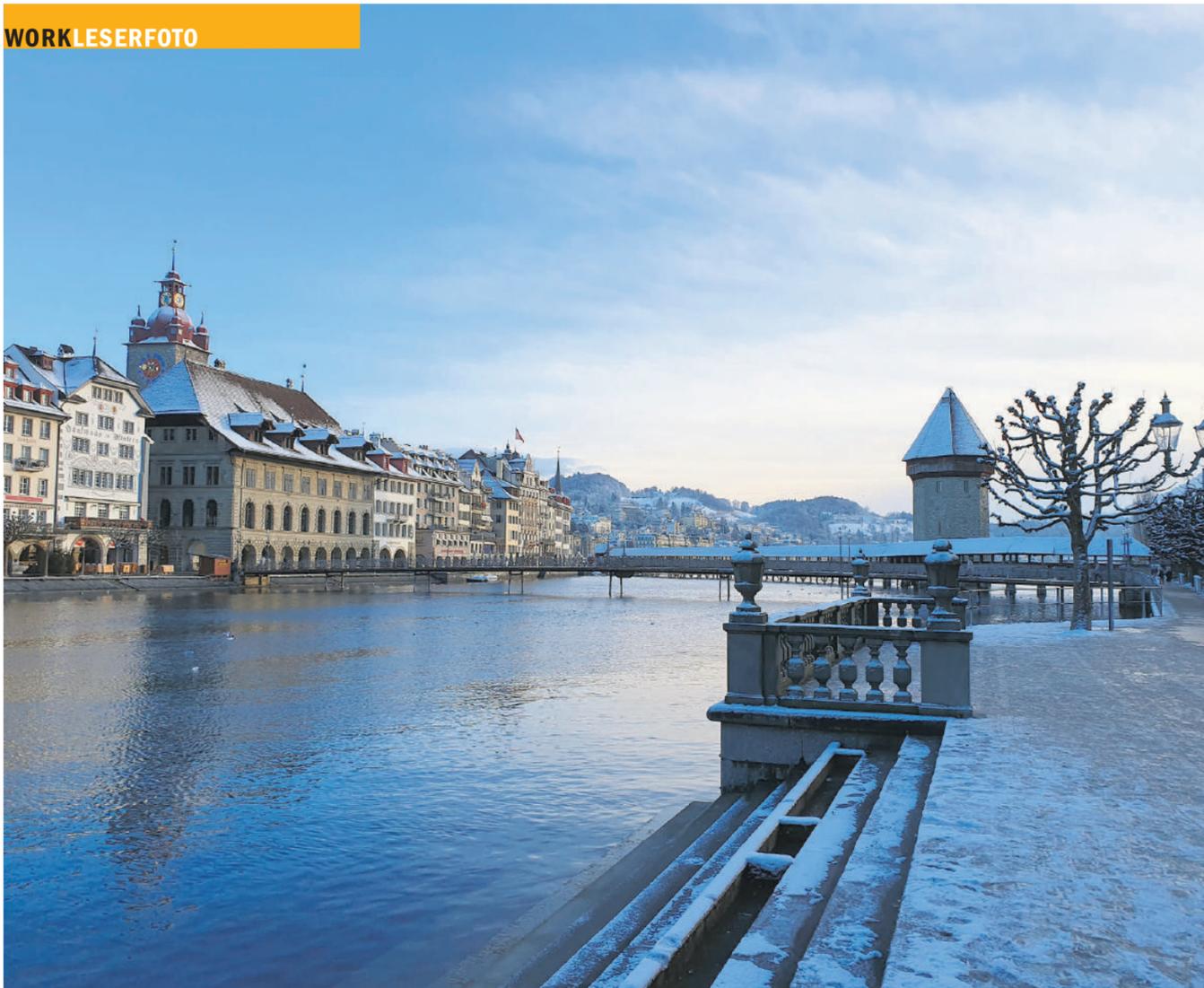
Alle Unia-Mitglieder können den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» persönlich auf dem für sie zuständigen Unia-Sekretariat abgeben oder per Post zustellen (unbedingt Postscheck- oder Bankkonto angeben).

Bei Problemen unterstützt das zuständige Unia-Sekretariat in der Region/Sektion oder das Unia-Zentralsekretariat in Bern gerne.



UNIA

WORKLESERFOTO



Der Winter zu Besuch

WANN 19. Januar 2023
 WO Luzern
 WAS Winterstimmung in Luzern
 Eingesandt von Vlastimir Vukotic, Malters LU

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
 Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»



INSERAT

WORKPOST



WORK 3 / 3.2.2023:
CATIA PORRI (72) WAR EIN «VERSTECKTES KIND»: «NIE MEHR SAISONNIERSTATUT!»

Wiederholung verhindern

Mit grossem Interesse habe ich in der letzten Nummer von work das Dossier über das Saisonierstatut gelesen – als einer, der diese Zeit sehr bewusst miterlebt hat (in Bern Bümpliz). Gut, dass Sie daran erinnern und vor irgendwie gearteten «Neuauflagen» warnen.

EDUARD FUHRER, PER MAIL

Wichtiger Artikel!

Es gibt Menschen, denen hilft es, über das Erlebte reden zu können, um es zu verarbeiten. Gerade wenn man es sehr schwer hatte und nie darüber sprechen konnte, ist die Chance leider sehr hoch, dass man resigniert. Auch hilft es, ein Bewusstsein zu schaffen und Missstände zu beseitigen, die aufgedeckt werden, indem man darüber spricht. Darum finde ich solche Artikel gut und wichtig.

SARAH JANE, VIA FACEBOOK

WORK 3 / 3.2.2023:
SO HEUCHLERISCH SIND COOP & MIGROS
Pfui Coop & Migros

Aldi und Lidl bezahlen sogar mehr Lohn und haben bessere Leistungen! Schämen sollten sich Coop und Migros!

SIBYLLE HÄUSELMANN, VIA FACEBOOK

Chrampfen für zwei!

Das Zauberwort im Detailhandel lautet Stundenkopfleistung. Da kann Personal gespart werden, auch wenn genügend Arbeit vorhanden wäre. Doch ich hatte da zu einer Kollegin gesagt: «Wir sind eigentlich schön blöd!» Wir arbeiten jetzt für zwei und reisen uns den Allerwertesten auf, um möglichst durchzukommen. Für was eigentlich?

MARIANNE ZWICKER, VIA FACEBOOK

Gute Erinnerungen Chefetage sackt ein

Ich habe 50 Jahre im Detailhandel gearbeitet. Ich fing als Metzger an und war zuletzt Logistikleiter. Jetzt bin ich in Rente. Ich habe etliche Fusionen erlebt, immer wieder neue Gesetze umgesetzt und Schulungen gemacht. Dabei Familie, Hauskauf und alles andere unter einen Hut gebracht. Das war oft nicht einfach. Bei meinen Qualifikationen hat es oft geheissen: «Er ist zu lieb mit den Mitarbeitenden.» Doch mir war es das Wichtigste, dass es den Leuten gutging. Nun, vor zwei Wochen, bekam ich die Firmenzeitung, und da habe ich die Jubilarinnen und Jubilare gesehen. 64 an der Anzahl, die jetzt mehr als 10 Jahre in der Firma sind. Etliche Namen kamen mir bekannt vor, hatte ich diese doch eingestellt, oder sie hatten sogar bei mir die Lehre gemacht. Ich denke, das ist

ein gutes Zeichen für diese Firma. Ich jedenfalls würde wieder fast alles gleich machen wie in den letzten 50 Jahren. Im Detailhandel wurde mir viel Freude und Zufriedenheit geschenkt.

WALTER MISCHLER, VIA FACEBOOK

Keine faulen Ausreden

Die Mitglieder müssen wieder lernen, was es heisst, in einer Gewerkschaft zu sein. Nur Gewerkschaftsfunktionäre allein erreichen gar nichts in Verhandlungen, wenn sie genau wissen, dass die Mitglieder nicht hinter ihnen stehen. Und als Ausrede wird von den Angestellten dann der Arbeitsplatzverlust herangezogen. Nur, dieses Argument zieht nicht mehr. Es ist halt bequemer, über die Gewerkschaft zu schimpfen als das eigene Verhalten einmal zu überprüfen.

VRENI GRAMELSBACHER, VIA FACEBOOK

Hauptsache die Chefetage kriegt genug ...

GABRIELA FLORY, VIA FACEBOOK

WORK 3 / 3.2.2023:
23.90 FRANKEN PRO STUNDE FÜR (FAST) ALLE
Nicht genug!

Und 23.90 Franken ist immer noch niedrig

JAVIER GUTIÉRREZ, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@Gewe.ch, **Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**

Spenden mit QR-Code oder unter www.solidar.ch/de/erdbeben-tuerkei-syrien/

ERDBEBEN IN DER TÜRKEI UND SYRIEN: SPENDEN SIE JETZT!

SOLIDAR SUISSE
 KÄMPFEN FÜR GLOBALE FAIRNESS

kontakt@solidar.ch | www.solidar.ch
 IBAN: CH67 0900 0000 8000 0188 1

Heizungs- und Sanitärarmonteur **Nino De Simini (61)** will, dass es dem Klima gutgeht

«Ziel meiner Arbeit ist das Energiesparen»

Ob Wärmepumpe, Bodenheizung oder Wasserversorgung: Nino De Simini kennt sich aus. Seit die Energiewende Fahrt aufgenommen hat, sind sein Wissen und seine Erfahrung gefragt. Das merkt er jetzt auch an seinem Lohn.

MATTIA LENTO | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Wenn Nino De Simini gerufen wird, ist fast immer Not am Mann. Denn es bedeutet, dass die Heizung ausgefallen ist und der Fachmann sie so schnell wie möglich wieder zum Laufen bringen muss. Der 61-jährige leistet solche Einsätze gern, sind doch die Kundinnen und Kunden am Ende des Tages immer dankbar, wenn sie nicht mehr frieren müssen.

Aber De Simini begnügt sich nicht damit, das Problem zu lösen: Mit der für Süditalien typischen Freundlichkeit gibt er oft Ratschläge zu Energiesparen und Umweltschutz. Denn die Umwelt, das macht der in Apulien geborene Búezer klar, steht für ihn im Zentrum. Nicht ohne Stolz sagt er, sein Beruf trage entscheidend dazu bei, unsere Häuser energieeffizienter zu machen: «Das Ziel meiner Arbeit ist es, für die Kun-

nigen Jahren liess er – damals noch in Italien – sogar eine spezielle Art von Deckenheizung patentieren, die noch mehr Effizienz und Wärmekomfort verspricht als eine Bodenheizung. Das Entwerfen von Heizsystemen fasziniert ihn, sagt er: «Ich habe keine Hochschule besucht, aber ich habe viel Fachliteratur gelesen und dazu vierzig Jahre Erfahrung.» Sein Wunschtraum sei es, jemanden in der Schweiz zu finden, der in sein Deckenheizungssystem investiere.

De Simini kam 2014 in die Schweiz und suchte sich eine Anstellung als Heizungs- und Sanitärarmonteur. In Italien sei es zunehmend schwierig geworden, in dem Metier zu arbeiten: «Die Wirtschaftskrise von 2008 hat uns schwer getroffen. Viele Menschen konnten ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen, und das traf natürlich auch die Firmen.» Erst seit 2020 gehe es der Branche wieder besser – dank einem Milliarden-Investitionsprogramm der italienischen Regierung. «Aber das läuft leider bald aus.»

ZUKUNFT. Mit seiner jetzigen Arbeitssituation ist De Simini zufrieden. Als erfahrener Berufsmann ist er auch in der Schweiz sehr gefragt. Vor kurzem hat er die Stelle gewechselt und arbeitet jetzt bei der Sanitär- und Heizungsfirma Werner Stöckli im aargauischen Boswil. Für seine Vollzeitstelle verdient er dort gut 6000 Franken brutto pro Monat, viel mehr als den Mindestlohn. Und darf erst noch für seinen 50 Kilometer langen Arbeitsweg ein Firmenauto benutzen. Das Finanzielle sei das eine, sagt er. «Wichtig sind aber auch der Respekt gegenüber den Mitarbeitenden und die Sicherheit am Arbeitsplatz.» Das habe er bei der Firma Stöckli gefunden.

Vorher hat Heiziger De Simini 8 Jahre temporär gearbeitet, was nicht immer einfach gewesen sei.

Die Sanitär- und Heizungsbranche ist entscheidend für den ökologischen Umbau. Doch der Fachkräftemangel wird sie in den kommenden Jahren noch härter treffen als heute schon. Das gilt auch für Lüftungs-, Klima- und Spenglerberufe. Für all diese Branchen gilt der Gesamtarbeitsvertrag Gebäudetechnik, und der wird dieses Jahr neu verhandelt. Eine Unia-Um-

frage hat gezeigt, welche Forderungen den Arbeitenden in der Branche am wichtigsten sind: attraktivere Löhne für alle, Frührenten in der ganzen Schweiz und mehr Ferien.

Als aktives Unia-Mitglied weiss auch De Simini, dass sein Beruf attraktiver werden muss: «Wir müssen mehr in die Ausbildung investieren, um die jungen Leute für die Zukunft der Branche zu rüsten. Denn unsere Arbeit wird mit dem Klimawandel gefragt sein wie nie!»



NINO DE SIMINI NEUSTART MIT 50

Es war nicht leicht, alles hinter sich zu lassen und ein neues Abenteuer in der Schweiz zu beginnen. Gaetano Riccardo De Simini, genannt Nino, verheiratet und Vater von drei Kindern, wanderte 2014 aus einem kleinen Dorf im apulischen Hinterland aus. Er hatte die ständige Krise und die ungewisse Zukunft satt. Seine Frau beschloss, in der Nähe der Kinder zu bleiben. Nur ab und zu kommt sie in die Schweiz und bleibt ein paar Wochen.

WIE DER VATER. Vor drei Jahren kam jedoch Ninos jüngster Sohn Michele zu ihm, nun leben beide im Kanton Solothurn und unterstützen sich gegenseitig. Auch Michele hat den gleichen beruflichen Weg eingeschlagen wie sein Vater und sein Grossvater. Das freut Nino De Simini: «Die Leidenschaft für die Wärmetechnik liegt bei uns in der Familie.»

WORK-SERIE

Sie schaffen die Energiewende

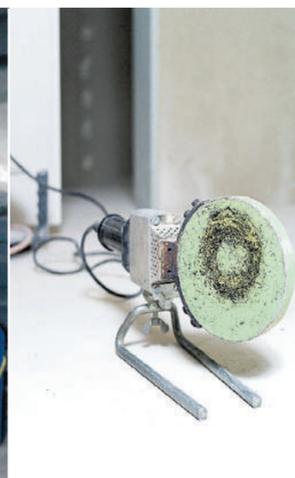
Teures Gas, knapper Strom und eine Klimakrise, die sich immer deutlicher zeigt: Das Thema Energie bewegt die Schweiz wie schon lange nicht mehr. work richtet dabei den Blick auf die Búezerinnen und Búezer, die bereits jetzt an der Energiewende arbeiten. Alle Teile der «worktag»-Serie gibt es zum Nachlesen unter: workzeitung.ch/worktag.

dinnen und Kunden Energie zu sparen. Wir alle sind verantwortlich für die Umwelt. Die jungen Menschen, die seit Jahren für eine neue Klimapolitik demonstrieren, die haben meine volle Unterstützung!»

PATENT. De Simini hat in seinem Berufsleben schon alles gesehen, was mit Heizung zu tun hat. Er installiert Wärmepumpen, Erdwärme- und Solaranlagen sowie Fussboden-, Wand- und Deckenheizungen. Als Sanitärinstallateur montiert er ausserdem Wasserrohre, Lavabos, Badewannen und WC. Auch hier sind Energieeffizienz und ein geringerer Wasserverbrauch das Ziel.

Die Leidenschaft für den Beruf hat er von seinem Vater geerbt, der ebenfalls Heizungs- und Sanitärarmonteur war: «Als ich ein kleiner Junge war, nahm er mich ab und zu mit auf einige Baustellen. Ich fand es toll, ihn bei der Arbeit zu sehen, und wusste: das will ich später auch machen!»

Nach der Ausbildung wagte Nino De Simini den Schritt in die Selbständigkeit, spezialisierte sich auf ökologische Deckenheizungen und wurde zum Tüftler. Vor ei-



VIELSEITIG: Heizungs- und Sanitärinstallateur De Simini sorgt vom Bad bis in den Keller für einen schonenden Ressourcenverbrauch.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darjaknezevic@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Laura Gonzalez Martinez, Martin Jakob, Marie-Josée Kuhn, Mattia Lento, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler Gestaltung/Layout Nina Sella, ninasella@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.